

Palästina



Nummer 20 Oktober 2005 Preis: € 2,- **Solidarität mit Palästina**



# Fünf Jahre Intifada – der Widerstand muss weitergehen

Am 28. September jährt sich der Ausbruch des zweiten palästinensischen Volksaufstandes, der Intifada, zum fünften Mal. Im August dieses Jahres reiste eine internationale Solidaritätsdelegation unter dem Motto „Risse in der Mauer“ nach Palästina. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Reise konnten sich ein Bild davon machen, was es heißt unter militärischer Besatzung leben zu müssen, was der Alltag mit Checkpoints, Roadblocks, Absperrungen, Siedlungen und Siedlerstraßen, Landnahme, Enteignungen und Wasserraub, Bedrohungen und Gewalt bedeutet. Die Delegationsteilnehmer konnten allerdings auch sehen, dass nach fünf Jahren Volksaufstand dieser seinem Ende zugeht. Da ist auf der einen Seite die sichtbare Erschöpfung der Bevölkerung, die nach Jahren des permanenten Kriegszustandes am Ende ihrer Kräfte ist. Da ist auf der anderen Seite ein Regime, das nicht mehr bereit ist, für die historischen Forderungen des Volkes nach natio-

nalener Souveränität und Selbstbestimmung zu kämpfen, sondern vielmehr bereit ist sich dem Druck des übermächtigen Gegners, Israel und seines Verbündeten USA, zu beugen. Doch die Widersprüche, die Gründe für die zweite Intifada, die auch die Gründe für die erste waren und die den palästinensischen Widerstand seit seiner Entstehung, der Vertreibung des Jahres 1948, hervorgerufen haben, diese Widersprüche existieren weiterhin. Sie heißen Besatzung und Unterdrückung und solange sie weiterbestehen, wird

der Widerstand des palästinensischen Volkes lebendig bleiben.

Die vorliegende Ausgabe der Intifada ist schwerpunktmäßig der Dokumentation dieser Solidaritätsreise nach Palästina gewidmet. Der Leitartikel versucht auf Basis der Reiseerfahrungen die aktuelle politische Situation in Palästina zu analysieren. Weitere Beiträge sind Interviews mit Vertretern des Widerstandes, Reiseberichte, Kommentare und Erläuterungen.

Die Intifada muss weitergehen und ebenso die Solidarität!

## Inhalt

<b>Ruhe vor dem Sturm</b> .....	<b>3</b>
Auf das Ende der zweiten Intifada wird eine dritte folgen	
<b>„Risse in der Mauer“</b> .....	<b>8</b>
<b>Zur israelischen Siedlungspolitik in Palästina</b> .....	<b>9</b>
<b>Die Apartheid-Mauer und Qalqilya, die umzingelte Stadt</b> .....	<b>11</b>
<b>Die Fatah, eine Partei zwischen Illusion und Korruption</b> .....	<b>13</b>
<b>Was macht USAID in Palästina?</b> .....	<b>15</b>
<b>„Wenn Israel Frieden will, dann wird es einen neuen Friedensprozess geben; wenn nicht, werden mehr Intifadas folgen.“</b> .....	<b>16</b>
Interview mit Zachariah Zbeidi, Führer der al-Aqsa-Brigaden im Flüchtlingslager Jenin	
<b>Besuch im Flüchtlingslager Askar</b> .....	<b>18</b>
<b>„Gaza wird zu einem großen Gefängnis unter israelischer Kontrolle“</b> .....	<b>19</b>
Interview mit Ahmad Sa'adat, Generalsekretär der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)	
<b>Befreiungskampf ist kein Terrorismus!</b> .....	<b>21</b>
Zu Gegenwart und Vergangenheit der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)	
<b>Hebron – eine besetzte Stadt</b> .....	<b>24</b>
<b>„Zusammen gegen den Imperialismus“</b> .....	<b>25</b>
Interview mit Scheich Hassan Abu Yussuf, Sprecher der Hamas im Westjordanland	
<b>Apartheid in den 1948 besetzten Gebieten</b> .....	<b>28</b>
<b>Nicht anerkannte Dörfer im Negev</b> .....	<b>31</b>
<b>Praktische Solidarität</b> .....	<b>32</b>
Mitarbeit in Olivengärten, die von Enteignung bedroht sind	
<b>Keine Meinungsfreiheit in Italien</b> .....	<b>33</b>
Italienische Regierung verhindert Konferenz zur Anerkennung des irakischen Widerstands	
<b>Intifada-Jahrestag 2005</b> .....	<b>35</b>
<b>Israel Shamir: Blumen aus Galiläa</b> .....	<b>37</b>



# Ruhe vor dem Sturm

## Auf das Ende der zweiten Intifada wird eine dritte folgen

Genau fünf Jahre nach ihrem Ausbruch im September 2000 scheint der zweiten Intifada des palästinensischen Volkes gegen die israelische Besatzung ihrem Ende zuzugehen. Die militärische und politische Überlegenheit Israels, bedingungslos unterstützt von den USA, das ungünstige internationale Kräfteverhältnis, fehlende Unterstützung aus dem arabischen Raum und zuletzt die bewusste Kollaborationspolitik der Abbas-Regierung haben dazu geführt, dass die Intifada auf den ersten Blick erfolglos geblieben zu sein scheint. Allerdings ist angesichts des massiven Kräfteungleichgewichts und der strategischen Interessen der größten Weltmacht USA in diesem Raum allein die Tatsache, dass sich die palästinensische Bevölkerung einer endgültigen Unterwerfung widersetzt hat, als Erfolg zu bewerten. Solange die Besatzung besteht, wird es Widerstand geben – das ist eine tief im palästinensischen Bewusstsein verankerte Überzeugung. Und so gehen in Palästina alle politischen Kräfte davon aus, dass das Ende der zweiten gleichzeitig den Boden für eine dritte Intifada bereitet.

### Der Abzug aus Gaza

Vor dem Hintergrund des Abzugs israelischer Siedlungen und Militäreinheiten aus Gaza im August 2005 zeichnet sich ein Bild einer veränderten politischen Landschaft der palästinensischen Gesellschaft und nationalen Befreiungsbewegung. Zweifellos ist dieser Abzug auch auf die Stärke des palästinensischen Widerstandes im Gazastreifen zurückzuführen. Es gelang ihm, den Preis für die militärische Besatzung und Besiedlung so hoch zu treiben, dass sich ein längeres Verweilen für die israelische Seite nicht mehr lohnte und die Sharon-Regierung sogar bereit war, eine starke Polarisierung innerhalb der israelischen Gesellschaft in Kauf zu nehmen. Allerdings bedeutet der Gaza-Abzug keineswegs, dass sich an der grundsätzlichen Besatzungspolitik Israels bzw. an seinen

politischen und militärischen Plänen etwas geändert hätte.

Die Außengrenze des Gazastreifens bleibt unter israelischer Kontrolle. Die Oberhoheit über die Grenzübertritte nach Ägypten ist noch ungeklärt. Israel behält sich das Recht auf Militäraktionen im Gazastreifen vor und reklamiert sogar, dass – da der Gazastreifen nun nicht mehr besetztes Gebiet sei – jede Widerstandshandlung aus dem Streifen auf israelisches Territorium nach dem Völkerrecht einer Kriegshandlung gleichkomme. Ob und wie es Verbindungen zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland geben wird, ob die Einreise nach Isra-

el – die Haupteinkommensquelle der palästinensischen Bevölkerung in Gaza war die Lohnarbeit in Israel – möglich sein wird, all das ist nach wie vor ungeklärt. Die Zukunft des Gazastreifens gleicht insgesamt eher der eines Freiluftgefängnisses, das von den Gefangenen selbst verwaltet werden darf.

Im Westjordanland verstärkt Israel indes ungehindert den militärischen Würgegriff. Zwar sollen einige wenige Siedlungen auch dort geschleift werden. Im Wesentlichen wird jedoch die Siedlungspolitik weitergeführt und ausgebaut. Ziel ist die Zerstückelung des Westjordanlandes in leicht kontrollierbare Bantustans. Die Zweiteilung



des Landes in ein südliches und nördliches Gebiet, in dessen Mitte Jerusalem für die Palästinenser immer unerschbarer wird, ist bereits Tatsache. Die Mauer, ebenso wie die Siedlungen um Jerusalem, werden weitergebaut. Etliche Ortsteile des palästinensischen Ostjerusalem sind bereits von der Stadt abgeschnitten, der israelische Siedlungsring um die Stadt weitgehend geschlossen. Die Landnahme, der Wasserraub, die Absperrungen gehen auch in anderen Teilen des Westjordanlandes unvermindert weiter. Kurz, die Realität eines Landes unter militärischer Besatzung und kolonialer Besiedlung wurde durch den Gaza-Abzug weder vermindert noch aufgehoben.

### Das Projekt Israels und der USA

Im Gegenteil stellt sich dieser Abzug als Teil einer gegebenenfalls leicht veränderten Strategie der Beherrschung dar, die von Israel umgesetzt wird, aber an deren Definition und Ausarbeitung auch die USA maßgeblichen Anteil haben. Der anhaltende Widerstand im Irak setzt die US-Regierung unter Druck an einem anderen Punkt des geostrategisch zentralen Nahen Ostens Erfolge in ihrer Befriedungspolitik zu erzielen. Dreh- und Angelpunkt der US-Strategie ist die Stärkung einer palästinensischen Marionettenregierung, die bereit ist sich dem israelischen und US-Diktat zu unterwerfen. Im Austausch für die internationale Anerkennung einer solchen, durch demokratische Wahlen im eigenen Land vermeintlich legitimierten Regierung soll dem palästinensischen Widerstand und seinen historisch gewachsenen politischen Strukturen, soll insgesamt der palästinensischen Nationalbewegung der Boden entzogen werden. Um ein solches Befriedungsprojekt in der Bevölkerung durchsetzen zu können, muss eine Marionettenregierung zumindest mit konkreten Verbesserungen der Lebenssituation für die Bevölkerung aufwarten können. Und tatsächlich findet nach den Verheerungen der letzten Jahre durch die israelische Armee ein massiver Wiederaufbau statt – maßgeblich finanziert durch die US-



Entwicklungshilfe-Agentur USAID (siehe dazu S. 15).

Tatsächlich haben Israel und die USA mit Mahmud Abbas als Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde das große Los eines Politikers gezogen, der im Austausch für ein gewisses Maß an internationaler Anerkennung bereit ist, die Pläne der imperialistischen Mächte umzusetzen. So hat Abbas bald nach seinem Amtsantritt die palästinensischen Widerstandskräfte unter Druck gesetzt, einen Waffenstillstand zu unterzeichnen, der im Grund unilateral ist und keinerlei Zugeständnisse der israelischen Seite beinhaltet. Ohne Abbas' politische Linien zu teilen, sondern vielmehr aufgrund der Erschöpfung der palästinensischen Bevölkerung und ihrem Wunsch nach einer Atempause haben alle Kräfte des bewaffneten Widerstandes in diesen Waffenstillstand eingewilligt. Gebrochen wurde und wird er von Israel.

So zeigt sich hinter dem Gaza-Abzug das politische und militärische Projekt, die israelische Landnahme und militärische Besatzung aufrechtzuerhalten, die palästinensische Gesellschaft jedoch nach dem Modell neokolonialer Unterwerfung zu befrieden. Ein Normalisierungsprozess, der in den Medien als Demokratisierung propagiert wird, soll den politischen und bewaffneten Widerstandskampf ablösen. Kernstück ist die Aufrechterhaltung des Status Quo: Die militärische Kontrolle bleibt vollständig bei Israel, die wirtschaftliche und politische Unterdrückung wird fortgesetzt, während eine durch Wahlen eingesetzte, von außen politisch und finanziell stark unterstützte, jedoch

von den gewachsenen Strukturen der Nationalbewegung weitgehend abgetrennte Marionettenregierung eine Dritt-Welt-Gesellschaft im Dienste der imperialistischen Kräfte und im Austausch für eigene materielle Privilegien verwalten darf. Das Ziel palästinensischer Souveränität und Selbstbestimmung scheint vor diesem Hintergrund ferner denn je.

### Transformationsprozess der nationalen Befreiungsbewegung

Die Interpretation des Abzugs Israels aus dem Gazastreifen durch die unterschiedlichen politischen Formationen wirft ein Licht auf den Transformationsprozess, den die palästinensische Widerstandsbewegung derzeit durchläuft. Während die Fatah den Gaza-Abzug als ersten Schritt auf dem Weg zu einem souveränen palästinensischen Staat definiert, haben die Linke und die Organisationen des politischen Islam keine Illusionen hinsichtlich der Bedeutung des israelischen Manövers.

Fatah zeigt sich denn auch selbst inmitten eines Transformationsprozesses (siehe dazu den Kommentar auf Seite 13). Auf politischer Ebene steht am Ende dieses Weges die Rolle des Kollaborateur-Regimes im Dienste Israels und der USA. Wirtschaftlich bildet sich in den Reihen der Fatah eine Schicht von Profiteuren und korrupten Neureichen, die aus ihrer Vermittlerstellung zwischen dem Besatzer und der Bevölkerung Profit ziehen. Diese Entwicklung hin zu einer fast klassischen Kompradoren-Bourgeoisie ist zwar nicht neu, sondern hat bereits während des Oslo-Prozesses deutliche Konturen angenommen. Jetzt scheint



sie allerdings, auch aufgrund des reichlich aus amerikanischen Quellen fließenden Geldes, um einiges beschleunigt zu sein.

Politisch ist Fatah somit im Begriff ihre historischen Wurzeln und ihre Verankerung in der palästinensischen Bevölkerung und in der nationalen Befreiungsbewegung zu kappen. Aus einem Bestandteil der Widerstandsbewegung ist sie dabei, sich in deren Gegner zu verwandeln, der ein Interesse am Ende der Intifada hat. Das geht zwar durchaus nicht friktionsfrei vor sich – viel ist in der letzten Zeit die Rede von einem internen Kampf zwischen den Alten und den Jungen bzw. zwischen einem gemäßigten und einem radikalen Flügel. Nachdem Marwan Barghuti, einst Hoffnungsträger des radikalen Flügels, sich durch den Rückzug seiner gegen Abbas angesetzten Kandidatur als politischer Protagonist praktisch ins Aus manövriert hat, ist allerdings abzusehen, dass die tatsächlich am Widerstand festhaltenden Teile innerhalb der Fatah sich nicht durchsetzen werden können. Viel Platz gibt es indes für ehemals Radikale, die am Kuchen der Macht mitnaschen können. Das gilt

nicht nur für die Spitzen, sondern auch für die breite Schicht von mittleren Parteigängern, welche die Verbindung zur Bevölkerung darstellen, oder für die Kämpfer, die direkt aus dem Volk heraus kommen. Ein Beispiel dafür ist etwa die kolportierte Bereitschaft der al-Aqsa-Brigaden sich in die palästinensische Polizei eingliedern zu lassen (siehe das Interview mit Zachariah Zbeidi auf Seite 16).

### **Führungsrolle beim politischen Islam**

Während Fatah wie schon während des Oslo-Prozesses den palästinensischen Volkswiderstand und seine politischen Ziele im Begriff ist zu verraten, ist die Führung dieser Widerstandsbewegung eindeutig auf die Formationen des politischen Islam, vor allem auf Hamas, übergegangen. Diese Führungsrolle kommt Hamas nicht aufgrund ihrer politisch-religiösen Botschaft zu, sondern einfach deshalb, weil in der Geschichte der palästinensischen Befreiungsbewegung immer jene politischen Formationen die Führung übernommen haben, die am überzeugendsten bereit waren, den

Kampf für die Befreiung von Unterdrückung und Besatzung zu übernehmen. Wie auch Fatah einst als kämpferische Abspaltung der damals allzu versöhnlicheren Moslebruderschaft entstanden war, so fällt dieser zu Hamasgewandelten Moslebruderschaft heute die Führungsrolle zu, weil sie wie keine andere politische Kraft den Oslo-Prozess ablehnte und jetzt die Aufrechterhaltung des Widerstandes verkörpert.

Über ein dichtes Netz von Sozialleistungen und religiösen Strukturen ist Hamas mit der Bevölkerung und vor allem mit deren untersten Schichten verbunden. Das erklärt einerseits ihre Stärke, andererseits ihr Festhalten am Widerstandskampf und seinen politischen Forderungen. Wie andere Kräfte des politischen Islam ist auch Hamas einer Beteiligung an der Macht grundsätzlich nicht abgeneigt – erste Anzeichen dafür wurden im Laufe des vergangenen Jahres und der sich verändernden Position von Hamas zu einer Wahlbeteiligung deutlich (siehe dazu das Interview mit Scheich Hassan Abu Yussuf auf Seite 25). Ihre feste Verankerung in der Bevölkerung und

die frontale Ablehnung der internationalen Gemeinschaft, Hamas auch nur irgendwie als legitime politische Kraft anzuerkennen, zwingen sie allerdings dazu den Volkswillen nach einer Weiterführung des Kampfes gegen Israel auf Basis der historischen Forderungen nach einer Befreiung des gesamten Palästina aufzunehmen und zu repräsentieren. Die von Fatah propagierte Zwei-Staaten-Lösung lehnt Hamas daher ab, bzw. akzeptiert sie nur im Rahmen eines Stufenplanes, der insgesamt die historischen Forderungen der palästinensischen Nationalbewegung beinhaltet.

Nach ihrem Erfolg bei den Kommunalwahlen im Mai sind einige Gemeindeverwaltungen in die Hände der Hamas übergegangen. Die kommenden Parlamentswahlen, für die Hamas ihre Beteiligung angekündigt hat sowie ihre uneindeutige Positionierung gegenüber einem Beitritt zur PLO zeigen, dass Hamas auf eine Machtbeteiligung hinarbeitet, ihren Charakter als führende Widerstandskraft dabei jedoch beibehalten möchte.

### Linke ohne strategische Vision

Geschwächt durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und durch ihre unklare Haltung zum Oslo-Prozess scheint die palästinensische Linke, deren wichtigste Kraft die PFLP darstellt, sich immer mehr im politischen Abseits zu befinden. Zwar lehnt sie den Normalisierungsprozess ab und hat eine klare Analyse der Situation, allerdings scheint es ihr an einer strategischen Vision zu mangeln, insbesondere hinsichtlich des Aufstiegs des politischen Islam und der damit einhergehenden Veränderungen in der palästinensischen Gesellschaft und Nationalbewegung (siehe dazu das Interview mit Ahmad Sa'adat sowie den Beitrag zu Geschichte und Gegenwart der PFLP auf Seite 19).

Ihr Herangehen an den politischen Islam ist widersprüchlich und ambivalent. Einerseits spricht sie der islamischen Bewegung als genuiner Teil der palästinensischen Befreiungsbewegung volle Legitimität zu – was beispielsweise die Fatah nicht in die-

ser Eindeutigkeit macht. Auch ist sie durchaus bereit taktische Allianzen zu schließen, etwa bei der Wahl des PFLP-Bürgermeisters von Bethlehem, der mit den Stimmen der Hamas ins Amt kam. Auch verteidigt sie den politischen Islam gegen Angriffe. Andererseits jedoch scheint sie keine umfassende Analyse und Vision zu haben, wie auf dieses Phänomen, das eine grundsätzliche Verschiebung in der palästinensischen Gesellschaft zum Ausdruck bringt, zu antworten ist. Im Gegenteil, in die Ecke gedrängt durch den Kollaborationskurs der Fatah, den zunehmenden Einfluss der islamischen Organisationen und die Ermüdung der Massen, sucht die Linke nach schnellen Erfolgen um ein vollständiges Abdriften der Massen hin zum politischen Islam zu verhindern. Damit öffnet sie einem Pragmatismus Tür und Tor, der sich leicht in Opportunismus verwandelt, wie er beispielsweise in der Wahlunterstützung der PFLP für Mustafa Barghuti bei den vergangenen Präsidentschaftswahlen zum Ausdruck gekommen ist.



Die generell defensive Haltung und die Angst vor dem politischen Islam zeigt sich auch in einer gewissen Orientierung der PFLP auf die israelische Linke. Der Kampf für die historische Forderung der palästinensischen Nationalbewegung – ein demokratischer Staat auf dem gesamten Territorium des historischen Palästina – wird zwar weitergeführt. Allerdings müsse dieses Ziel gemeinsam mit der antizionistischen israelischen Linken erreicht werden. Was theoretisch richtig klingt, birgt in der Praxis eine opportunistische und offensichtlich falsche Schwerpunktsetzung, da die antizionistische israelische Linke kaum existent ist.

So zeigt sich, dass die palästinensische nationale Befreiungsbewegung vor dem Hintergrund des drohenden Normalisierungsprozesses auf eine tiefgreifende Neuzusammensetzung zusteuert, die vor allem von der veränderten Rolle von Fatah und der Übernahme der Führung durch die islamischen Kräfte geprägt sein wird.

### **Die dritte Intifada wird an zwei Fronten kämpfen müssen**

So deutlich wie die zweite Intifada auf ihr Ende zugeht, so deutlich ist es, dass die palästinensische Gesellschaft aufgrund ihrer Geschichte und aufgrund der Fortführung der Besatzung und Unterdrückung durch Israel keine dauerhafte und widerstandslose Befriedung hinnehmen wird. Solange die Grundlagen für den Volkswiderstand – die militärische Besatzung, die politische und soziale Unterdrückung, die menschenunwürdigen Lebensbedingungen – nicht beseitigt sind, so lange wird das palästinensische Volk seinen kämpferischen Traditionen folgend immer wieder aufstehen.

Eine dritte Intifada ist also bereits in wenigen Jahren abzusehen, doch wird diese – aufgrund der veränderten Bedingungen – notwendigerweise auch eine Klassen-Intifada sein. Die neue Generation der Widerstandskämpfer wird nicht nur gegen die Besatzer aufstehen müssen, sondern auch gegen die politische und soziale Führungsschicht der eigenen Gesellschaft, die gerade dabei ist, ihre Wurzeln in der Volksbe-

wegung endgültig auszureißen.

Wie sich dieser neue Volksaufstand entwickeln wird können, hängt von unterschiedlichen Faktoren ab. Einerseits sind die Entwicklungen innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegungen unklar. Wesentlich wird sein, ob der politische Islam seinen Charakter als Widerstandsorganisation behalten oder diesen im Gegenzug für die Beteiligung an der Macht aufgeben wird. Ein ebenso wichtiger Faktor wird sein, ob es der palästinensischen Linken gelingen wird, auf die strukturellen Veränderungen adäquat zu antworten und eine strategische Vision hinsichtlich einer neu zu schaffenden nationalen Befreiungsfront auszuarbeiten. Schließlich wird eine neue Intifada notwendigerweise eine pan-arabische Vision der palästinensischen Befreiung entwerfen müssen und somit die Frage erneut in regionalen Dimensionen stellen. Dem irakischen Widerstand ebenso wie der Entwicklung der Oppositionsbewegung in Ägypten wird dabei entscheidende Bedeutung zukommen.

### **Gegen den Normalisierungsprozess**

Vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Normalisierungsprozesses, der darauf abzielt einem palästinensischen Staatsgebilde ohne Souveränität und unter institutionalisierter israelischer Besatzung Legitimität zu verleihen, ist die dringlichste Aufgabe für die Solidaritätsbewegung im Westen, diese Normalisierung vehement abzulehnen. Dabei gilt es insgesamt die Legitimität der Widerstandsbewegung zu verteidigen und insbesondere jene Kräfte, die sich heute in Palästina der Normalisierung widersetzen, zu unterstützen. Nur unter den Bedingungen einer neu zusammengesetzten nationalen Befreiungsbewegung kann eine dritte Intifada Erfolg haben.

*Margarethe Berger  
September 2005*

Margarethe Berger ist Mitglied der Intifada-Redaktion. Sie nahm an der internationalen Solidaritätsdelegation „Risse in der Mauer“ teil.

## Internationale Solidaritätsdelegation

**„Risse in der Mauer“**

Vom 15. bis 27. August 2005 bereiste eine internationale Solidaritätsdelegation unter dem Motto „Risse in der Mauer“ Palästina. Ziel dieser Reise, die von der Antiimperialistischen Koordination initiiert und geleitet wurde, war es in erster Linie dem palästinensischen Volk und seiner Widerstandsbewegung in ihrer Gesamtheit eine Solidaritätsbotschaft zu überbringen und sich somit gegen die Terrorismusanschuldigungen zu stellen. Darüber hinaus sollte die Reise den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ermöglichen sich vor Ort ein Bild von der politischen Situa-

tion und vom Alltagsleben der Bevölkerung unter der Realität der Besatzung zu machen. Ein wichtiges Anliegen der Solidaritätsreise war es auch die Bevölkerung konkret zu unterstützen. Aus diesem Grund arbeiteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mehrerer Tage ihres Aufenthaltes gemeinsam mit einer Bauernfamilie, die von israelischen Siedlern und Militär permanent bedroht wird, auf deren Feldern in der Nähe Bethlehems.

Die Solidaritätsreise besuchte Jerusalem, Bethlehem, Hebron, Nablus, Jenin, Qalqilya, Nazareth und Ramallah.

Sie beinhaltete Zusammentreffen mit Repräsentanten der wesentlichen Organisationen der palästinensischen Nationalbewegung sowie mit sozialen Organisationen. Unter anderem besuchte sie den Generalsekretär der PFLP Ahmad Sa'adat im Gefängnis in Jericho, traf mit dem Führer der al-Aqsa-Brigaden, Zachariah Zbeidi, mit dem Sprecher der Hamas im Westjordanland, Scheich Hassan Abu Yussuf, mit dem Vizebürgermeister von Qalqilya, Muhammad al-Masri (Hamas), und dem Bürgermeister von Bethlehem, Victor Batarseh (PFLP), mit Vertretern einer der wichtigsten linken Organisationen innerhalb Israels, Abna' al-Balad, sowie mit Exponenten der antizionistischen israelischen Linken zusammen. Sie besichtigte die Siedlungspolitik in Hebron, Bethlehem und Ostjerusalem, den Bau der Mauer in Jerusalem und Qalqilya, verfolgte das Projekt eines Groß-Jerusalems, besuchte die Flüchtlingslager Jenin und Askar sowie die von der israelischen Armee schwer beschädigte Altstadt von Nablus. Innerhalb des israelischen Staatsgebietes besuchte sie zwei Dörfer, aus denen die palästinensische Bevölkerung 1948 vertrieben wurde, und traf mit den ehemaligen Bewohnern zusammen.

Die folgenden Seiten sind der Dokumentation und Aufarbeitung der Reise gewidmet. Die Beiträge wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern verfasst, die alle in ihren Ländern aktiv in der Solidaritätsbewegung arbeiten und unterschiedlichen Organisationen angehören oder engagierte Einzelpersonen sind. Die Beiträge geben daher auch nicht immer einheitliche politische Einschätzungen und Positionen wieder, teilen jedoch die grundsätzliche Solidaritätsbotschaft. Im Folgenden finden sich Interviews, Berichte, Kommentare und Erläuterungen, die in ihrer Vielfalt die Breite der gemachten Erfahrungen widerspiegeln.

*Die Redaktion*



# Zur israelischen Siedlungspolitik in Palästina

1947 wird Palästina unter der Ägide der Vereinten Nationen zwischen einem jüdischen und einem arabischen Staat aufgeteilt. Ersterem werden 56,47 % des Bodens zugesprochen, zweiterem die verbleibenden 45,53 % (UNO-Resolution 181). In Folge des Krieges 1948-1949 dehnt der israelische Staat seine Grenze weiter aus, bis er schließlich 78 % des gesamten ehemaligen Mandatsgebietes Palästina umfasst. Rund 800 000 Palästinenser werden dabei zur Flucht aus ihren eigenen Städten gezwungen. Mit dem Sechs-Tage-Krieg vervollständigt Israel 1967 sein Kolonialprojekt, indem es die bis dahin noch unter palästinensischer Kontrolle verbleibenden 22 % des Territoriums, also das Westjordanland und den Gazastreifen, besetzt.

Der Bau der Siedlungen in den besetzten Gebieten Westjordanland und Gazastreifen beginnt offiziell nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967, auch wenn die ersten Wellen jüdischer Immigration nach Palästina bereits Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Aufstieg der zionistischen Bewegung in Europa begonnen hatten.

Yigal Allon, Mitglied der Arbeiterpartei, formuliert im Juli 1967 die politischen und gesetzlichen Strategien des Siedlungsprojektes aus und definiert die sensiblen und vorrangigen Zonen, in denen das Siedlungswerk beginnen soll. Diese sind vor allem das Jordantal, die wasserreichen Gebiete sowie die Zonen mit dichter palästinensischer Besiedlung, wie etwa Ostjerusalem. Der Allon-Plan steht für den informellen Konsens über die der Siedlungspolitik bis zum Jahr 1977. Er soll den jüdischen Charakter des israelischen Staates sowie seine geopolitische Dominanz vom „Mittelmeer bis zum Jordan“ absichern, indem Vorposten jenseits der „Grünen Linie“ (die Waffenstillstandslinie von 1949, die Israel von den 1967 besetzten Gebieten trennt) geschaffen werden.<sup>1</sup>

Zwischen 1967 und 1977 lassen sich 35 000 jüdische Siedler an strategischen

Orten im Westjordanland und im Gazastreifen nieder, vor allem in den östlichen Zonen Jerusalems (Ma'ale Adumin), im Gush Etzion-Block, rund um Hebron (Qiryat Arba), Ramallah (Bet El) und Nablus (Qedumim), in zwei Vorposten im südlichen Teil des Jordantals und im Gazastreifen (z. B. die Siedlung Netzarim).

In den 80er Jahren verfolgt der Siedlungsbau das Ziel Korridore zwischen Jerusalem und den Siedlungen im Jordantal sowie im nördlichen Westjordanland zu errichten und so die beiden wichtigsten palästinensischen Städte, Nablus und Ramallah, voneinander zu trennen. 1991 steigt die Zahl der Siedler auf 75 000 und der *Seven Stars Plan* lanciert den Bau von sieben Städten entlang der Grünen Linie mit der Absicht die Realität der Grenze zwischen Israel und dem Westjordanland aufzuweichen. Im Jahr 2004 zählt man bereits 232 000 Siedler im Westjordanland und 8000 im Gazastreifen, die insgesamt in 163 Siedlungen leben<sup>2</sup>.

Die Grundlagen der israelischen Siedlungspolitik liegen in einer Reihe von pseudo-gesetzlichen Artefakten begründet, die von der Requirierung von Land zu militärischen oder administrativen Zwecken bzw. im Sinne des allgemeinen israelischen Gemeinwohls bis hin zur Inbesitznahme von Land, das von Flüchtlingen in Folge

der Kriege 1948 verlassen wurde (das *Absentee Property Law* von 1950) reichen. Die Enteignungspolitik wurde darüber hinaus über die Bezugnahme auf ein Osmanisches Gesetz über staatlichen Landbesitz aus dem Jahre 1858 durchgeführt, laut dem ein Landstück, das weder offiziell registriert noch über eine gewisse Zeit bewirtschaftet wurde, automatisch in staatlichen Besitz zurückfällt.

Alle israelischen Regierungen haben riesige Summen an finanzieller Unterstützung bereit gestellt, sowohl für die Siedler als auch für die lokalen Verwaltungen der Siedlungen. Wer bereit ist, seinen Wohnsitz in einer Siedlung zu nehmen, kann zudem im Vergleich mit gleichen Wohnungen innerhalb der israelischen Gebiete mit Erleichterungen, niedrigeren Preisen, besseren Serviceleistungen etc. rechnen. Laut einer Studie des *Peace Now Settlement Watch*<sup>3</sup> hat der israelische Staat für die Siedlungen 80 Milliarden US-Dollar ausgegeben, wobei er auf beträchtliche finanzielle Unterstützung durch die USA zurückgreifen konnte.

Seit 1993 hat die israelische Regierung zudem stark in den Bau eines rein für Siedler reservierten Straßennetzes investiert, die so genannten Umfahrungsstraßen, das die wichtigsten Siedlungen und den israelischen Staat miteinander verbinden soll. Dadurch soll den Siedlern ermöglicht werden, sich



täglich in die israelischen Städte zur Arbeit zu begeben, ohne mit den Palästinensern Kontakt haben zu müssen. Darüber hinaus konsolidieren die Umfahungsstraßen die Besetzung. Der Bau dieses Straßennetzes hat zur Schaffung einer Art Sicherheitszone von rund 50 bis 75 Metern auf beiden Seiten jeder Straße geführt, in denen jede Bautätigkeit verboten ist. Ein weiteres Ziel dieses Straßennetzes ist es, das Westjordanland in sich geschlossene und isolierte palästinensische Enklaven zu zerstückeln.

### Das Projekt Groß-Jerusalem

Der Ausbauplan der größten Siedlung in den besetzten Gebieten, Ma'ale Adumim, bekannt unter dem Namen E1 (East 1), besteht in der Ausdehnung und Verbindung der Siedlungen rund um Ostjerusalem (Ma'ale Adumim, Pisgat Ze'ev, Pisgat O'mer, Neve Ya'akov und French Hill). So soll ein durchgehendes Territorium ohne palästinensische Präsenz geschaffen werden.

Das Gebiet E1 umfasst eine Fläche von 1300 Hektar und verbindet Jerusalem mit Ma'ale Adumim, das mit seinen 32.000 Einwohnern und einer Fläche von 55 Quadratkilometern einen strategischen Übergang nach Osten, von Jerusalem in Richtung Totes Meer und Jordantal darstellt. Zum ersten Mal hatten sich Siedler dort 1975 mit Genehmigung der Arbeitspartei-Regierung niedergelassen. Heute stellt die Siedlung eine Ausnahme im Vergleich mit der für gewöhnlich starken Ideologisierung des Siedlungsbaus dar: Tatsächlich besteht die Bevölkerung von Ma'ale Adumim, abgesehen davon, dass es sich um die jüngste Stadt Israels handelt, zu 70% aus Nicht-Religiösen.

Der Bebauungsplan für die Ausweitung der Zone E1 sieht eine Bautätigkeit von insgesamt 3500 Wohneinheiten vor, die ein durchgehendes Siedlungsgebiet darstellen und 50.000 Siedler aufnehmen sollen. Diese Bautätigkeit soll als vollendete Tatsache den Palästinensern an zukünftigen Verhandlungstischen serviert werden. 1994, unter der Rabin-Regierung, wurde zum ersten Mal von der Aus-

weitung der Siedlungen in diesem Gebiet gesprochen. Obwohl der Plan von der internationalen Gemeinschaft abgelehnt wurde, da er dem Stop des Siedlungsbaus, wie er in der Roadmap vorgesehen war, zuwiderlief, wird er heute von Sharon als Kompensation für die Schleifung der Siedlungen im Gazastreifen propagiert.

Das so genannte Projekt eines „Groß-Jerusalem“ würde bedeuten, dass die Palästinenser auf Jerusalem als Hauptstadt eines palästinensischen Staates verzichten müssten. Darüber hinaus würde die territoriale Kontinuität zwischen dem Norden und dem Süden des Westjordanlands praktisch auf ein Minimum reduziert werden, vor allem dann, wenn die Straße, die Jerusalem mit dem Westufer des Toten Meeres verbindet, unter israelischer Kontrolle verbleibt. Ziel ist es, das Westjordanland in zwei Teile zu teilen, der palästinensischen Bevölkerung ein effizientes Verkehrsnetz und einen Zugang zur Innenstadt von Jerusalem vorzuenthalten und schließlich das natürliche palästinensische Bevölkerungswachstums von Ostjerusalem zu unterbinden.

Die Formel, die von vielen israelischen Strategen in Hinblick auf kommende Verhandlungen als wirksam angesehen wird, umfasst die definitive Inbesitznahme von drei strategischen Enklaven in den besetzten palästinensischen Gebieten, im Norden des Westjordanlandes mit als Zentrum die Stadt Ariel, im Süden von Jerusalem mit Gush Etzion und im Osten mit Ma'ale Adumim.<sup>4</sup> Im September 2005 wurde die Errichtung von 117 neuen Häusern für die Siedlung Ariel genehmigt.

Diese Enklaven, die nach dem Völkerrecht illegal sind, zerstückeln die palästinensischen Gebiete und verhindern eine territoriale Kontinuität. Die israelische Regierung verwendet Infrastruktur, Umfahungsstraßen, Universitäten, die Mauer und vieles mehr zur nicht rückgängigmachbaren Durchsetzung ihrer eigenen territorialen Ansprüche mit dem, durchaus nicht untergeordneten Ziel, die palästinensische Bevölkerung zu zermürben und sie zur Abwanderung zu

zwingen. Das alles wird zu fehlender wirtschaftlicher Selbstständigkeit, offensichtlicher Verhandlungsschwäche und unausweichlicher Steigerung der internen Spannungen in der palästinensischen Bevölkerung führen. Der Kampf und Widerstand der palästinensischen Bevölkerung wird daher weitergehen.

*Beatrice Dacli  
13. September 2005*

Beatrice Dacli lebt in Triest. Sie hat an der internationalen Solidaritätsdelegation „Risse in der Mauer“ nach Palästina teilgenommen.

- 1 vgl. PASSIA (12/2004), Settlements and the Wall, [www.passia.org](http://www.passia.org)
- 2 vgl. B'Tselem (2004), Settlements population by year, [www.betsalem.org](http://www.betsalem.org)
- 3 [www.peacenow.org](http://www.peacenow.org)
- 4 Pavoncello C., Scriveri Ma'ale Adumin, leggi grande Gerusalemme' in Limes n. 3, 2005, Gruppo editoriale l'Espresso spa, Milano

Weitere bibliographische Quellen:

- Alternative Tourism Group, Palestine & Palestinians (2005), ATG, Beit Sahour, Palestine; Guediri K. e Dallahsheh K. (2004),
- Cleansing and Apartheid in Jerusalem. An alternative guide to Jerusalem, The Alternative Information Center, Jerusalem, Israel.

## Die Apartheid-Mauer und Qalqilya, die umzingelte Stadt

Das Land Palästina, Herz der arabischen Welt, wird heute durch eine Schandmauer zerrissen, errichtet zur Kennzeichnung der Grenzen zwischen Israel und den besetzten Gebieten und zur Betonung der klaren Unterschiede, auch in ihren Rechten, zwischen den beiden Völkern. Schon bald nach ihrer Errichtung war von einer Apartheid-Mauer die Rede, um der Entrüstung Ausdruck zu geben, die sich jedes Betrachters bemächtigt.

Im Jahr 2002 genehmigte die israelische Regierung den Bau einer „permanenten Barriere“, gewöhnlich als „Mauer“ bezeichnet. Gerechtfertigt wurde dieses Vorhaben mit Sicherheitsargumenten, um so die Einreise von vermeintlichen Terroristen nach Israel zu verhindern. Mit dem Bau hat sich Israel hingegen geschickt weitere Teile fruchtbaren palästinensischen Landes angeeignet, hat Städte und Dörfer in strategischen Positionen in Ghettos verwandelt, Familien und Gemeinschaften auseinander gerissen und Tausenden Palästinensern die Möglichkeit eines Zugangs zu sozialen Dienstleistungen, zu Schulen und vor allem zu ihren eigenen Ländereien genommen. Kürzlich wurden von der israelischen Regierung Änderungen am Verlauf der Mauer genehmigt. Somit wird die Mauer nach ihrer Fertigstellung eine Länge von 670 Kilometern (derzeit 209) haben. Zusammen mit dem Ausbau der Siedlungen wird sie es Israel ermöglichen 46% des Westjordanlandes zu kontrollieren.<sup>1</sup>

Die Mauer, offiziell aus Sicherheitsgründen erbaut, stellt für die palästinensische Bevölkerung eine tägliche Erniedrigung dar und symbolisiert den Tod jeder Vorstellung von einem eigenen Staat und legitimen Rechten. Schon allein aus diesem Grund und ganz unabhängig von ihrem völkerrechtlich illegalen Verlauf kann sie nur, in ihrer gesamten Tragweite, als Verbrechen gegenüber den Palästinensern angesehen werden. Tatsächlich hat der Internationale Gerichtshof in Den

Haag am 9. Juli 2004 befunden, dass die Mauer nach dem Völkerrecht illegal ist und abgebaut werden muss. Doch der Gerichtshof bezieht sich in seinem Urteil lediglich auf den Verlauf der Mauer, der nicht der Grünen Linie entspricht. Hingegen verurteilt er nicht die Konzeption einer physischen Separation, einer Zementbarriere, die tatsächlich und sichtbar das Westjordanland von Israel abtrennt.

Folgerichtig wurden in der Debatte um die Mauer Argumente vorgebracht, die auf eine Korrektur der Schwächen des derzeit „übertriebenen“ Projektes einer permanenten Barriere abzielen.

Doch würde eine Mauer, die entlang der Grünen Linie verlief, nichts an den sozio-ökonomisch, sozial und psychologisch verheerenden Auswirkungen auf die palästinensische Bevölkerung verändern. Die einzige akzeptable Kritik ist daher die uneingeschränkte Ablehnung des Mauerbaus. Es gibt keine Rechtfertigung für die Mauer, weder entlang der Grünen Linie noch darüber hinaus.<sup>2</sup>

Qalqilya ist eine Stadt im Nordwesten des Westjordanlandes, nur wenige Kilometer vom Mittelmeer entfernt. Sie hat eine Bevölkerung von 43 000 Einwohnern und verfügt über eine der



reichsten Wasservorkommen Palästinas. Sie wurde während der Besetzung von 1967 zerstört und 1982 wurde mit dem Bau der Siedlungen rund um die Stadt begonnen. Ziel war einmal mehr die Stadt zu isolieren und ihre Ressourcen zu kontrollieren. Wichtigste und noch im Ausbau begriffene Siedlungen sind Zufin und Alfe Menashe mit rund 5 400 Siedlern.<sup>3</sup> Insgesamt gibt es 23 Siedlungen um Qalqilya. Sie stellen rund 27 % der gesamten Siedler-Bevölkerung des Westjordanlandes.

1987 wurde mit dem Beginn der ersten Intifada eine verlängerte Ausgangssperre über die Stadt verhängt, die die Wirtschaft und das Alltagsleben völlig zum Erliegen brachte. Zur Zeit der Zweiten Intifada und durch den Bau der Mauer ergab, hat sich für die Stadt eine neuerliche Situation des Zusammenbruchs. Heute ist Qalqilya nichts anderes als eine vollkommen von einer bis zu acht Metern hohen Betonmauer eingeschlossene palästinensische Enklave. Mit dem Bau dieser Mauer wurde im Jahr 2002 begonnen, sie hat eine Länge von 13 606 Metern, die Breite variiert zwischen 53 und 104 Metern. Erst vor kurzem wurden die scharfen Kontrollen durch israelisches Militär am Checkpoint an der Stadteinfahrt in Folge des Waffenstillstandes vom Februar ein wenig gelockert. Die Mobilität der Stadtbewohner richtet sich nach den Zeiten des Öffnen und

Schließens des Checkpoints und nach den von der israelischen Regierung ausgestellten Genehmigungen.

Die einst florierende Wirtschaft und der lokale Handel mit landwirtschaftlichen Gütern und Blumen sind fast vollständig zum Erliegen gekommen. 40 % der Geschäfte wurden aufgrund der Rezession und des Konsumrückgangs geschlossen, ebenso 45,5 % der industriellen und handwerklichen Betriebe. Die jenseits der Mauer liegenden Dörfer Jayyus und Falamyia konnten aufgrund der eingeschränkten Bewegungsfreiheit der Bewohner sowie der Handels- und Produktionsbeschränkungen die eigenen Ländereien nicht mehr gewinnbringend bewirtschaften. 85 % der kultivierbaren Landes von Qalqilya wurde, ebenfalls aufgrund der Behinderungen durch die Mauer, brach liegen gelassen. In der Folge stieg die Arbeitslosigkeit auf 65 % und 4 000 Bewohner haben die Stadt aufgrund des Mauerbaus verlassen. Von insgesamt 8 000 Familien erhalten 6 600 Hilfsleistungen der UNO und anderer internationaler Organisationen.

Die Kontrolle der Wasservorkommen ist eines der Hauptziele der israelischen Besatzung, was auch erklärt, warum gerade Qalqilya in einen derartigen Würgegriff genommen wird. Auch wenn die trockenen Landstriche rund um die Stadt etwas anderes

vermuten lassen, ist diese Region historisch immer reich an unterirdischen Wasserreservaten gewesen. Seit der Besetzung 1967 ist es den Palästinensern verboten den Boden anzubohren und neue Brunnen zu graben, ebenso wenig dürfen sie nach neuen möglichen Wasservorkommen suchen. Für jede neue Bohrung und jede Wasserumleitung muss bei der israelischen Regierung um eine Genehmigung angesucht werden. Kurz, das Recht auf Wassernutzung, auch auf Nutzung jener Reservoire, die historisch unter palästinensischer Kontrolle sind, ist dem Gutdünken der israelischen Regierung unterworfen.

Die Mauer, die tief in palästinensisches Land hinein gebaut wurde, hat die weitere Annexion nicht nur von Land, sondern auch von Quellen im Osten der Grünen Linie mit sich gebracht. Diese sollen jetzt von den umgebenden Siedlungen genutzt werden. Die Wasserreservoire von Qalqilya machen insgesamt 53 % der gesamten palästinensischen Wasservorkommen aus. Ein Viertel davon wird bereits unrechtmäßig von Israel genutzt (4).

*Beatrice Dacli*

Beatrice Dacli lebt in Triest. Sie nahm an der internationalen Solidaritätsdelegation „Risse in der Mauer“ nach Palästina teil.

- 1 Alternative Tourism Group, Palestine & Palestinians (2005), ATG, Beit Sahour, Palestine
- 2 Mueller A. (81:2004), A wall on the green line?, Alternative Information Center, Jerusalem, Israel.
- 3 Settlements population by year (2004), www.betsalem.org
- 4 OCHA UN campaign 2004 – Qalqilya SOS struggle for survival – the Apartheid Cage of Qalqilya.



# Die Fatah, eine Partei zwischen Illusion und Korruption

## Ein Kommentar über die diskreditierte Partei

Die derzeit noch stärkste politische Gruppierung in Palästina ist die Fatah und wir hatten im Verlauf unserer Solidaritätsdelegation auch mehrfach Gelegenheit, mit Politikern aus ihren Reihen oder zumindest aus ihrem Umfeld zu sprechen, ebenso wie mit einer Reihe von „Menschen von der Straße“ über die Regierung und über Fatah. Eines lässt sich vorwegnehmen: Es gibt niemand in ganz Palästina, der in der Bevölkerung so stark an Vertrauen verloren hat wie Fatah und es gibt außer den Fatah-Politikern niemand, der so stark auf die USA setzt wie sie! Vereinfacht lässt sich das so formulieren: Die Fatah-Politiker glauben nicht mehr an ihr Volk und die Bevölkerung glaubt nicht mehr an ihre Fatah-Politiker!

Am Deutlichsten kam das gleich am zweiten Tag unseres Aufenthaltes in Palästina bei einem Gespräch mit dem früheren Bürgermeister von Bethlehem Fuad Kokely zum Vorschein. Der smarte Yuppie in mittlerem Alter sah doch tatsächlich für die Politik nur eine vordringliche Aufgabe, nämlich seine Landsleute zu mehr Demokratie zu erziehen, wobei er unter Demokratie ausdrücklich die Demokratie in den USA meinte und auch das Wort Zivilgesellschaft verwendete. (Anm.: Woher er dieses Vokabel nur hat?) Ist das einmal geglückt werden sich alle Probleme (fast) von alleine lösen. Die USA werden dabei natürlich tatkräftig zur Seite stehen. (Anm.: Fragt sich nur wie und auf welcher Seite.) Und das sagt dieser Fatah-Mann in einer Stadt, die durch die Mauer und einen Checkpoint von der nur 15 Minuten entfernten Altstadt von Jerusalem praktisch abgeschlossen ist und die durch den progressiven Siedlungsbau für jüdische Siedler mehr und mehr eingeschnürt wird (siehe dazu auch „Landraub um Beit Jala“ auf Seite 32). Einer Stadt, deren nicht in der Landwirtschaft tätige Bewohner früher zur Hälfte vom Tourismus und zur anderen Hälfte von der

Arbeit in Jerusalem lebten. Landwirtschaftliches Gebiet wurde von Israel für den Siedlungsbau einschließlich der enormen „Sicherheitszonen“ ersatzlos enteignet, Pendeln nach Jerusalem ist seit dem Mauerbau und dem Checkpoint praktisch unmöglich geworden und der Tourismus beträgt heute nur mehr 5 % des ursprünglichen Tourismus vor dem Mauerbau. Die Touristen, die kommen, werden mit israelischen Autobussen zur Geburtskirche gebracht und anschließend wieder nach Israel zurückgeführt. Die Bewohner Bethlehems haben praktisch nichts davon! Kein Wort verlor unser smarter Yuppie über den geforderten Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten und den Abbruch der israelischen Siedlungen, der Rückgabe enteigneten Landes an die früheren Besitzer und das Rückkehrrecht aller Flüchtlinge. Nein, Demokratie sollten seine Landsleute lernen, arbeitslos und mit knurrendem Magen!

Er selbst dürfte diese Probleme ja nicht haben, denn nach seinen Ausführungen blockte er kritische Fragen mit der Feststellung ab, dass er schon gehen müsse, denn er habe seiner Frau versprochen anschließend mit ihr mexikanisch essen zu gehen, und schließlich dürfe er seine Frau nicht warten lassen! Da kann man nur verständnislos den Kopf schütteln!

Den Abzug der 8000 israelischen Siedler aus dem Gazastreifen konnte er uns noch nicht als großes Friedenswerk und den ersten Schritt auf dem Weg zu einem souveränen palästinensischen Staat vortragen, denn man schrieb den 16. August und die Räumung der Siedlungen war erst im Anlaufen; das haben dafür die Fatah-Politiker, mit denen wir später gesprochen haben, umso ausführlicher getan, allen voran der Gouverneur der Provinz Jenin Khadura Mussa. Er setzte bereits voll (und ausschließlich) auf die amerikanische Karte, indem er die simple Mei-

nung vertrat, die USA hätten sowohl in Afghanistan als auch im Irak eine moralische Niederlage erlitten und so hätten sie ein großes Interesse daran ihr Image in der Welt zu verbessern. Deshalb würden sie Israel auch zum Rückzug aus den besetzten Gebieten zwingen und Pate bei der Gründung des neuen Palästina stehen! Dass die USA das ganze auch finanzieren würden versteht sich ganz von selbst und musste nicht ausdrücklich erwähnt werden.

Als der Schreiber dieses Artikels dann provokant die Frage stellte, ob er glaube, dass sich Israel früher aus den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten oder vom Golan zurückziehen würde (mit dieser Frage wollte ich ihn „auf die Schaufel nehmen“) antwortete er zur allgemeinen Verblüffung, dass sich Israel selbstverständlich zuerst aus allen besetzten palästinensischen Gebieten und erst danach vom Golan zurückziehen werde, denn schließlich sei der Friede mit Palästina viel wichtiger als der mit Syrien. Danke, alles klar, keine weiteren Fragen mehr.

Anzumerken ist an dieser Stelle, dass einer unserer Betreuer kurze Zeit später zu mir kam und ausdrücklich betonte, dass das vorhin Gesagte nicht die Meinung aller sei und es auch durchaus kritischere Einschätzungen gebe. Eines allerdings ist uns gerade in Jenin aufgefallen: Es gibt einen relativ raschen Wiederaufbau mit amerikanischem Geld (USAID, siehe S. 15), natürlich immer ganz groß als Hilfe der USA angekündigt. An anderer Stelle erfuhren wir dann, dass die USA dabei sehr klug vorgehen und große Geldmittel genau dort einsetzen, wo sich propagandistische Erfolge für die USA erzielen lassen und das werde vom CIA genau vorbereitet nach dem Motto: Gibt die EU für ein Wiederaufbauprojekt zehn Millionen, geben die USA sofort 30 Millionen um zu zeigen, die USA sind besser, also macht gefälligst das, was

wir euch sagen!

Zusammenfassend kann man feststellen, dass die Fatah, ursprünglich ein Bestandteil der Widerstandsbewegung, drauf und dran ist sich zu einem Kollaborateur-Regime im Dienste Israels und der USA zu entwickeln, ja sich über weite Strecken bereits zu einem solchen entwickelt hat. Die Interpretation des Abzugs Israels aus dem Gazastreifen als Beginn des bevorstehenden Rückzugs Israels aus den im Jahre 1967 besetzten Gebieten auf alleinigen Druck der USA macht eine palästinensische Widerstandsbewegung natürlich überflüssig, wenn nicht sogar kontraproduktiv. Damit ist die Fatah zum Gegner der Intifada geworden, die ein Interesse an ihrem Ende hat und damit genau die Rolle erfüllt, die ihr von Israel und den USA zgedacht worden ist.

Politisch haben sich die Fatah-Funktionäre völlig von der Basis entfernt. Die Korruption, schon in der Vergangenheit noch zu Zeiten Arafats der große Makel, treibt bisher ungeahnte Blüten, als deren vorläufige Spitze der Zementskandal gelten kann. Doch nicht nur Spitzenpolitiker sind davon erfasst, bis in mittlere Funktionärsschichten hinein lässt sich Korruption, Bestechlichkeit und Nepotismus nachweisen. Immer mehr bildet sich in den Reihen der Fatah eine Schicht von Profiteuren und korrupten Neureichen heraus, die aus ihrer Vermittlerstellung zwischen der Besatzungsmacht und der Bevölkerung Profit zieht, und es werden immer mehr, die am Kuchen der Macht mitnaschen wollen. Und genau hier scheint die Rechnung der USA (und Israels) vorläufig aufzugehen, eine Regierungspartei soll durch und durch korruptiert werden um „lateinamerikanische Zustände“ herstellen zu können. Dem stehen allerdings zwei an und für sich gegensätzliche Kräfte im Wege, die linke, in Teilen marxistische PFLP und der politische Islam in der Gestalt der Hamas.

### Der Zementskandal

Der Bau der Apartheid-Mauer stellte Israel mit einem Mal vor das Problem die großen zusätzlich benötigten Mengen an Zement nicht im eigenen Land

erzeugen zu können. Bald war eine Erzeugungsstätte in Ägypten gefunden, die bereit war Israel zu günstigen finanziellen Bedingungen – billig sollte das Ganze ja sein, also kam teurer Zement aus Europa oder den USA nicht zuletzt wegen der langen Transportwege nicht in Frage – die zusätzlich benötigte Menge an Zement zu liefern. Wenn der entsprechende Profit winkt, wird eben einer gewissen Gruppe von Menschen das Wort Solidarität mit den arabischen Brüdern zum Fremdwort. Nicht so einer Gruppe von Aktivisten in Ägypten, die von dem unsauberen Deal Wind bekam und die Sache an die Öffentlichkeit brachte. In der Öffentlichkeit war man entrüstet und der Deal war damit geplatzt.

Aber nur anscheinend, denn wo der entsprechende Profit winkt wird eine bestimmte Sorte von Menschen erfinderisch, sehr erfinderisch sogar! So fanden Israel und die ägyptische Firma rasch einen Gleichgesinnten in der Person des palästinensischen Premierministers Ahmad Qurei'. Der besitzt eine Baufirma in Abu Dis. Dazu muss man wissen, dass Abu Dis ein palästinensischer Vorort im Osten von Jerusalem ist, der durch den Mauerbau besonders stark gelitten hat. Die direkt nach Jerusalem führende Hauptstrasse des Ortes wird abrupt durch die 8 Meter hohe Mauer gesperrt und der früher tägliche Weg nach Jerusalem wird von einem auf den anderen Tag verunmöglicht. Wie eine Schlange windet sich die Mauer direkt um die Häuser herum und stiehlt so den Bewohnern auch noch ihre kärglichen Gärten, in denen sie das zum Überleben notwendige Obst und Gemüse gezogen hatten. Es gibt wohl keinen Ort im Westjordanland, nicht einmal in Qalqilya, wo die Mauer so bedrohlich und so erdrückend empfunden wird wie in Abu Dis. Und genau hier hat Ahmad Qurei' seine Baufirma und genau hier machte er „das Geschäft seines Lebens“.

Israel und die Firma in Ägypten suchten also einen möglichst unauffälligen Mann, über den sie ihren unsauberen Deal doch noch abwickeln konnten, und Ahmed Qurei' stellte sich zur Verfügung. Er kaufte für seine Baufirma den Zement aus Ägypten

und verkaufte ihn nach Israel weiter. Und Israel konnte wie beabsichtigt seine Mauer in gleichem Tempo weiterbauen.

Die Sache flog natürlich auf und in jedem anderen Land – auch in Israel – hätte ein solcher Premierminister sofort seinen Hut nehmen müssen, ja woanders wäre er sogar mit Schimpf und Schande aus dem Amt gejagt worden. Nicht so in einem von der Fatah geführten Land! Der PNC (*Palestinian National Council*, die Autonomiebehörde), in der die Fatah die Mehrheit besitzt, hat über diese Ungeheuerlichkeit debattiert und kam mehrheitlich zum Schluss, dass es erwiesen ist, dass Qurei' von Ägypten Zement gekauft hat und es auch erwiesen ist, dass er diesen Zement an Israel weiterverkauft hat, dass es aber nicht erwiesen ist, dass gerade dieser Zement von Israel für den Mauerbau verwendet wurde. Qurei' ist nach wie vor im Amt.

Nun ist es doch völlig gleichgültig, was genau mit jedem einzelnen Zementsack geschehen ist, ob er zum Mauerbau oder für den Bau neuer Siedlungen auf enteignetem palästinensischen Land oder sonst wo verwendet wurde. Es zählt einzig und allein die zusätzlich benötigte Gesamtmenge an Zement, die Israel, bedingt durch den Mauerbau, nicht selbst erzeugen kann und somit aus dem Ausland importieren musste, und so sieht das auch die palästinensische Bevölkerung. Dass sie damit auch noch das letzte Vertrauen verloren hat und „die an der Spitze“ nur mehr als korruptes Pack empfindet, ist allzu verständlich.

Gerhard Drexler  
12. September 2005

Gerhard Drexler lebt in Wien und hat an der internationalen Solidaritätsdelegation „Risse in der Mauer“ teilgenommen.

## Was macht USAID in Palästina?

Fährt man durch das Westjordanland und den Gazastreifen, so sind die zahlreichen Projekttafeln der amerikanischen Entwicklungshilfeorganisation USAID (= *United States Agency for International Development*) unübersehbar. Da werden Straßen repariert, Kindergärten und Schulen gebaut, die Wasserversorgung in Gang gebracht und vieles mehr. Nun ist auch nur mäßig politisch Interessierten die (beinahe) bedingungslose Unterstützung Israels durch die USA bekannt, sodass das Engagement dieser US-Organisation auf dem Gebiet des künftigen Palästinenserstaates doch etwas verwundern muss. Handelt es sich um einen Fall von gelebter christlicher Nächstenliebe, die weder Freund noch Feind kennt, sondern nur Bedürftige und Notleidende?

Wohl kaum. Ein Blick auf die Homepage von USAID kann diese Illusion rasch zerstören. Dort erfährt man, dass die Entwicklungshilfe als ein Teil des „Krieges gegen den Terror“ betrachtet wird. Durch die Sicherung der menschlichen Grundbedürfnisse (sauberes Trinkwasser, Lebensmittelversorgung, Gesundheit, Ausbildung) soll dem „Terror“ die Brutstätte entzogen werden. Es überrascht daher nicht, dass USAID seit dem Ausbruch der Zweiten Intifada im September 2000 ihr Engagement in Palästina beträchtlich verstärkt hat. Derzeit ist sie dort mit fünf großen Projekten vor Ort vertreten. Sie betreffen die Revitalisierung des Wirtschaftssektors ebenso wie den Aufbau der Infrastruktur und der Wasserversorgung, die demokratische Reform (!), Gesundheits- und Ausbildungsfragen. Stolz wird auch darüber berichtet, dass USAID seit 1993 mehr als 1,7 Mrd. US-Dollar in das Westjordanland und den Gazastreifen investiert hat, mehr als jedes andere Land.

Tatsächlich dürfte die Anwesenheit der Organisation in dieser Gegend noch eine andere, viel wichtigere Aufgabe erfüllen. Durch das verstärkte, zivilgesellschaftliche Agieren soll die EU aus dem Feld geschlagen werden, welche sich schon seit Jahren durch

die Finanzierung von palästinensischen staatlichen Strukturen um politischen Einfluss bemüht. So werden etwa die Kosten der Parlamentsadministration zu einem Gutteil von den EU-Staaten bestritten. Ebenso wurde der internationale Flughafen in Gaza mit EU-Geldern errichtet bzw. nach mehrmaliger Beschädigung repariert. Die Ausbootung der EU hätte zur Folge, dass die palästinensische Führung alternativlos dem amerikanischen Zuckerbrot (Entwicklungshilfe) und der Peitsche (Umsetzung der Roadmap) ausgeliefert wäre.

Andererseits dient dieses Engagement von USAID zweifellos auch dazu,

die „Hirne und Herzen“ der palästinensischen Bevölkerung zu gewinnen und so das vorherrschende, negative US-Image in der Region zu korrigieren. Zur Erinnerung sei auf die Umpolung des Amerikabildes in unseren Breiten nach dem Zweiten Weltkrieg durch Marshallplanhilfe und CARE-Pakete erinnert, was bis heute nachwirkt. In diesem Zusammenhang sei auch noch auf das intensive Wirken der Entwicklungshilfeorganisation im palästinensischen Schul- und Erziehungswesen hingewiesen, wo eine Beeinflussung im Sinne der „amerikanischen Werte“ nicht ausgeschlossen werden kann.

[aldi]



# „Wenn Israel Frieden will, dann wird es einen neuen Friedensprozess geben; wenn nicht, werden mehr Intifadas folgen.“

Interview mit Zachariah Zbeidi,  
Führer der al-Aqsa-Brigaden im Flüchtlingslager Jenin

Im neu wiederaufgebauten Flüchtlingslager von Jenin traf die Internationale Solidaritätsdelegation Zachariah Zbeidi, der seit dem israelischen Massaker im Flüchtlingslager von Jenin 2002 der weithin bekannte Führer der al-Aqsa-Märtyrerbrigaden ist. Im Alter von dreizehn Jahren wurde er das erste Mal verwundet, mit seinen mittlerweile dreißig Jahren wurde er bereits dreizehn mal angeschossen und erlitt nach einer Granatenexplosion Verbrennungen im Gesicht. Als Jugendlicher verbachte er die meiste Zeit im Gefängnis, alle Aufenthalte zusammengezählt ergeben sieben Jahre. Sein Haus wurde dreimal zerstört, auch während der Invasion 2002, wobei seine Mutter und seine Schwester getötet wurden. Drei seiner Brüder sind im Gefängnis.

Nach dem Waffenstillstandsabkommen, das von ihm unterzeichnet wurde, erhöhte die palästinensische Nationalbehörde die Unterstützungsgelder für die Familien der Kämpfer und Märtyrer, im Gegenzug für seine offene Unterstützung für den neugewählten Präsidenten Mahmud Abbas. Es gibt auch Verhandlungen darüber, die al-Aqsa-Brigaden in die palästinensische Polizei zu integrieren. Die Delegation sprach mit ihm über die laufende Gaza-Evakuierung, das Verhältnis zwischen den palästinensischen Widerstandsorganisationen und die Beziehung zu Mahmud Abbas.

*Was ist Ihre Einschätzung des Siedlerrückzuges aus Gaza?*

Wir leben seit fünfzig Jahren unter

Besatzung. Also unterstütze ich jeden Schritt, der gut für das palästinensische Volk ist. Wenn nur eine einzige Siedlung geräumt wird, ist das gut. Aber das Problem wird nicht gelöst werden, nur weil die Siedler abgezogen wurden. Sharon entschloss sich für den Abzug aus Gaza im Alleingang, ohne Kooperation mit der palästinensischen Nationalbehörde.

*Glauben Sie, dass der Abzug aus Gaza der Beginn eines neuen Friedensprozesses sein könnte, der die zweite Intifada beendet, so wie Oslo die erste beendet hat?*

Es hängt vom guten Willen Israels ab, ob es einen neuen Friedensprozess geben wird oder nicht, das liegt nicht in unseren Händen. Wenn Israel Frieden will, dann wird es einen neuen Friedensprozess geben, wenn nicht, werden mehr Intifadas folgen.

*Glauben Sie, dass nach den Zusammenstößen in Gaza die Gefahr eines Bürgerkrieges droht?*

Es gibt viele Aktivitäten in Gaza, Israel ist dort sehr aktiv. Wir leben unter Besatzung, es gibt keine echte palästinensische Autorität. Ich denke, dass die Zusammenstöße von Personen provoziert wurden, welche die Organisationen infiltriert haben. Das ist ein Problem mit dem sich jede Organisation auseinandersetzen muss.

*Wie sieht es mit der Kooperation mit den anderen Organisationen aus, gibt es eine Koordination bezüglich der Durchführung von Operationen?*

Natürlich gibt es eine Koordina-

tion, was die durchgeführten Operationen betrifft. Innerhalb meiner Organisation ist das so, dass für manche Operationen, innerhalb Israels zum Beispiel, die Zustimmung von der Führung gegeben werden muss, aber für andere Operationen innerhalb der besetzten Gebiete, wenn irgendwas passiert und wir reagieren müssen, dann müssen die Militanten nicht erst fragen, bevor sie zu kämpfen beginnen.

*Wie ist die Beziehung zwischen den unterschiedlichen Organisationen des palästinensischen Widerstands im Westjordanland?*

Warum haben wir den Kampf 2002 im Lager von Jenin „gewonnen“? Weil wir gemeinsam gekämpft haben, die Organisationen, die Männer, die Kinder, das ganze Lager. Wir stehen zusammen mit einem Ziel: gegen die Besatzung zu kämpfen. Wir nahmen keine Befehle von draußen entgegen, wir kümmerten uns nicht darum, wer von wem unterstützt wurde, auch die Führung außerhalb des Lagers hatte keinen Einfluss auf unsere Entscheidung zu kämpfen. Die Entscheidungen wurden im Lager selbst getroffen.

*Wir würden Sie die Unterschiede zwischen den Organisationen beschreiben?*

Zunächst mal sind sie alle Kämpfer. Man kann sie mit Automarken vergleichen, es gibt Mercedes, Volkswagen usw., aber alle sind sie Autos.

*Die al-Aqsa-Märtyrerbrigaden gehören zu Fatah. Nach Arafats Tod, haben sich*

*da die Beziehungen mit Fatah und ihrem neuen Führer Mahmud Abbas verändert?*

Diese Organisation gehörte weder Arafat noch gehört sie Mahmud Abbas. Was wir über Abu Mazen denken hängt, von seiner Meinung bezüglich der Frage der Grenzen, der Flüchtlinge, Jerusalem und des palästinensischen Staates als Ganzes ab. Falls Abu Mazen über diese Dinge das Gleiche denkt wie Arafat, dann werden wir ihn respektieren. Wenn er die gleiche Meinung dazu hat, dann wird ihm vielleicht dasselbe passieren, was Yassir Arafat passiert ist, er könnte gefangen gehalten werden.

*Im Februar wurde ein Waffenstillstandsabkommen in Sharm al-Sheikh unterzeichnet. Sie haben erwähnt, dass Sie jeden Präsidenten unterstützen würden, der die historischen vier Forderungen nicht vergessen würde. Dieser Waffenstillstand garantiert jedoch nichts von alledem, warum haben Sie ihn dennoch unterschrieben?*

Wir mussten Mahmud Abbas eine Chance geben, so wie wir auch Israel eine Chance nach der anderen geben,

nicht nur den Israelis, sondern auch der UNO und den USA. Das Waffenstillstandsabkommen wurde nicht aufgrund des Druckes von außen unterschrieben, sondern es war unsere eigene Entscheidung es zu unterzeichnen.

*Ist nicht eine Chance für Abu Mazen dasselbe wie eine Chance für Israel? Israel wird nicht eine dieser Forderungen, die es sich solange zu akzeptieren geweigert hat, auf einmal erfüllen. Wieso denken Sie, dass sich das jetzt ändern wird?*

Wir sind nicht allein, sondern wir leben in einer großen Welt. Heutzutage sind die Medien von dem Bild des Krieges gegen den Terror dominiert und dieser Krieg wird auch in Palästina geführt. Wir wurden zu Terroristen, wir kämpfen nicht mehr für unsere Rechte, sondern nur weil wir eben Terroristen sind. Wir müssen diesen Blickwinkel ändern, nicht nur durch bewaffneten Widerstand, sondern auch durch Treffen mit Leuten wie euch. Wir sind uns sicher, dass Israel uns nichts geben wird, aber wir müssen auch auf die öffentliche Meinung einwirken, zeigen, dass der bewaffnete

Widerstand nur ein kleiner Teil des Gesamtwiderstandes ist. Wir sind nicht stark genug um die israelische Armee besiegen zu können. Es gibt keine Balance der Kräfte. Wir brauchen Leute wie euch. Wenn ich Leute wie euch sehe, dann fühle ich, dass wir bald schon gewinnen werden.

*Was denken Sie über die Situation im Irak, über den Widerstand? Denken Sie, dass der Widerstand dort für die Palästinenser hier irgendeine Hilfestellung bieten kann?*

Der Krieg im Irak ist unfair, das irakische Volk ist unschuldig. Für mich scheint Bush ein weitaus schlimmerer Diktator als Saddam Hussein zu sein. Wir haben keinen Kontakt zum irakischen Widerstand, aber wir haben die Verantwortung ihn zu unterstützen, es sind gute Kämpfer und wir müssen sie respektieren. Ihre Sache ist gerecht.

*Antiimperialistische Koordination  
19. August 2005  
Flüchtlingslager Jenin*



## Besuch im Flüchtlingslager Askar

Das Flüchtlingslager Askar, mit sechstausend Flüchtlingen, liegt im Osten von Nablus. Die Menschen wurden 1948 aus ihren Städten und Dörfern vertrieben und lebten damals vorerst in den Bergen um Nablus oder kamen bei Verwandten unter. Diese Tatsache stellt für Askar heute ein großes Problem dar, denn es wird von der UNRWA nicht als Flüchtlingslager anerkannt. Zu viele Jahre liegen für UNRWA zwischen 1948 und 1964, als das Lager gebaut wurde. Die Flüchtlinge, die hier zusammen kamen, hatten erst mit den Jahren die bittere Realität akzeptiert, dass sie nicht wieder in ihre Städte und Dörfer zurück konnten.

Von der UNRWA nicht als Flüchtlingslager anerkannt zu werden bedeutet, dass die Grundversorgung mit Schulen, Kliniken und sonstigen elementaren Einrichtungen nicht gewährt wird.

So müssen die 1 200 Kinder und Jugendlichen das Lager verlassen, um in die umliegenden Schulen zu kommen. Das bedeutet aber Bedrohung durch die Siedler oder durch das israelische Militär. Das Ausmaß der Schwierigkeiten des täglichen Schulwegs außerhalb der relativen Sicherheit des Lagers kann man erahnen, wenn man bedenkt, dass Nablus und Umgebung in den letz-

ten Jahre Schwerpunkt der Vernichtungspolitik Israels war. So erzählt eine Mutter von ihrem achtjährigen Sohn Muhammad Iyad Mughrabi, der im Kugelhagel der israelischen Soldaten auf dem Schulweg umkam.

Als während der al-Aqsa-Intifada die Schulen auch noch über längere Zeit geschlossen waren, wurde Bildung zu einer großen Herausforderung im Lager selbst. Eine Bibliothek wurde eingerichtet und ständig erweitert – als Teil einer kulturellen Intifada, die für das Leben und menschenwürdige Überleben im Lager als entscheidend gesehen wird.

Schon 1996 wurde ein Volkskomitee gegründet, das Bereiche wie medizinische Grundversorgung oder einen Jugendclub in Angriff nahm. Später entstand ein soziales Zentrum, das erfolgreich Sommercamps mit internationalen Freiwilligen in Askar organisiert, psychologische Betreuung anbietet und besonders für die Kinder und Jugendlichen kulturelle und künstlerische Aktivitäten – wie Tanz- oder Theatergruppen – ermöglicht. Ziel dieser kulturellen Intifada sind selbstbewusste Menschen, die für sich selbst und international starke Lebenszeichen setzen: Wir lassen uns nicht unterkriegen! Wir haben ein Recht auf

ein menschenwürdiges Leben!

Unsere Delegation konnte sich von der künstlerischen Darbietung der Volkstanzgruppe – acht Kinder zwischen neun und dreizehn Jahren – überzeugen. Gern treten sie auch im Ausland auf – wie zum Beispiel schon in Norwegen – wenn internationale Organisationen Einladungen aussprechen und für die finanziellen Mittel einer Reise gesorgt ist.

In zwei weiteren wesentlichen Bereichen, die für alle Flüchtlingslager ernste Probleme darstellen, wird mit Eigeninitiative und internationaler Unterstützung gearbeitet. Askar hat, wie ganz Palästina, mit der hohen Arbeitslosigkeit zu kämpfen, die durch die Checkpoints, die Ausgangssperren während der letzten Jahre und den Mauerbau drastisch erhöht wurde. Weiters hat die erste und zweite Intifada nicht nur sehr viele Tote und viel Zerstörung hinterlassen sondern auch viele Verletzte, die mit Behinderungen leben müssen. Sowohl wurden uns in Askar als auch im Flüchtlingslager Jenin wurden uns die notwendigen Projekte vorgestellt, damit Menschen mit den verschiedensten Behinderungen in allen Lebensbereichen unterstützt und integriert werden können.

*Elisabeth Lindner-Riegler*

Elisabeth Lindner-Riegler ist Aktivistin der Antiimperialistischen Koordination in Wien. Sie hat an der internationalen Solidaritätsdelegation nach Palästina „Risse in der Mauer“ teilgenommen.

Für weitere Informationen oder zur Kontaktaufnahme mit dem Flüchtlingslager Askar:

- An-Najah National University in Nablus: [www.najah.edu](http://www.najah.edu) bzw. [info@najah.edu](mailto:info@najah.edu) (Die Sommercamps wurden mit Hilfe der Universität organisiert.)
- [www.sadeeq.org](http://www.sadeeq.org)



# „Gaza wird zu einem großen Gefängnis unter israelischer Kontrolle“

Interview mit Ahmad Sa'adat,  
Generalsekretär der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)

Ahmad Sa'adat ist seit der gezielten Ermordung seines Vorgängers, Abu Ali Mustafa, durch einen israelischen Raketenangriff am 27. August 2001 Generalsekretär der PFLP. Seit April 2002 ist er in Jericho, in einem von der palästinensischen Autonomiebehörde betriebenen Gefängnis unter US-amerikanischer und britischer Aufsicht, inhaftiert. Sa'adat wurde 2002 von den Sicherheitskräften Arafats, auf Geheiß Israels verhaftet. Israel sieht Sa'adat als Drahtzieher des tödlichen Anschlags auf den rechtsextremen israelischen Tourismusminister Rehavam Ze'evi. Als Gegenleistung versprochen die Israelis Arafat mehr Bewegungsspielraum in Ramallah, das 2002 vom israelischen Militär besetzt wurde und unter ständigem Beschuss stand.

*Warum sind Sie in einem palästinensischen Gefängnis?*

Ich bin hier inhaftiert, weil die israelische Regierung, die palästinensische Autonomiebehörde dazu veranlasst hat. Israel macht mich für die Tötung des ehemaligen israelischen Tourismusministers Rehavam Ze'evi verantwortlich und beschreibt dies als terroristischen Akt. Wie allgemein bekannt, war Ze'evi für viele palästinensische Tote vor 1948 und 1973 im Sinai verantwortlich. Er stellte sich aktiv gegen eine politische Lösung des Konfliktes. Darüber hinaus war er an der israelischen Entscheidung, den unschuldigen Abu Ali Mustafa zu töten, mitbeteiligt. Weil also Israel meine Inhaftierung forderte, wurde ich 2002 verhaftet und hier nach Jericho gebracht, ein Gefängnis, das auf Grund eines Abkommens der Fatah von britischen und US-amerikanischen Truppen kontrolliert wird.

*Wie ist ihre persönliche Situation? Be-*

*kommen Sie Familienbesuche?*

Meine persönliche Situation hier in Jericho ist die eines politischen Gefangenen, das heißt, dass meine Möglichkeiten als Generalsekretär der PFLP hier natürlich eingeschränkt sind. Familienbesuche werden aber gestattet. Es gibt in Israel über 6000 politische Gefangene. Die beste Hilfe für die politischen Gefangenen, so wie mich, ist die Unterstützung des palästinensischen Volkes in seinem Kampf um Befreiung.

*Zurzeit werden einige politische Gefangene aus den Gefängnissen entlassen. Glauben Sie, dass auch Sie bald entlassen werden?*

Wenn ich entlassen werde, ist absolut ungewiss. Ich bin eigentlich durch ein Urteil des Obersten Gerichtshofes freigesprochen worden, aber auch andere Gefangene, deren Haftstrafe bereits vor einem Jahr abgelaufen ist, sind immer noch inhaftiert, so zum Beispiel Fuad Shubaki, [Mitglied des Fatah-Zentralkomitees], den Israel des Waffenschmuggels bezichtigt. Wenn ich aber freigelassen werden sollte, so muss dies die PNA tun, die mich schließlich inhaftiert hat.

*Was ist Ihrer Meinung nach der Grund dafür, dass die PFLP auf die so genannten Schwarzen Listen der USA und der EU gesetzt wurde und inwieweit beeinflusst das die Arbeit der Volksfront?*

Die Schwarzen Listen sind an sich nicht das Problem, sondern der Kontext, in dem sie stehen, nämlich die Verteufelung des gesamten palästinensischen Kampfes als Terrorismus. In diesem Kontext wird dann auch der Irak-Krieg zur „Verteidigung“, der besetzte Irak zur „Demokratie“, und aus Widerstandskämpfern werden „Terroristen“.

Und damit nicht genug, werden auch aus jenen, welche den Widerstand unterstützten bald „Terroristen“ werden.

*Glauben Sie, dass der israelische Rückzug aus dem Gaza-Streifen ein erster Schritt in Richtung eines lebensfähigen palästinensischen Staates ist, wie dies Fatah-Kräfte behaupten?*

Der israelische Gaza-Abzug ist ganz klar auf den bewaffneten Widerstand zurückzuführen. Aber es ist kein vollständiger Abzug. Die israelische Armee wird weiterhin die Grenzen, das Meer und den Luftraum kontrollieren. Entgegen dem Völkerrecht wird Gaza zu einem großen Gefängnis unter israelischer Kontrolle werden.

Wollte man wirklich die palästinensische Frage lösen, verliefte der schnellste Weg darüber, dass die Vereinten Nationen Israel dazu zwingen, die verabschiedeten Resolutionen umzusetzen. Aber Sharons Plan hat nichts mit dem internationalen Recht zu tun. Er will nicht das Ende der Besatzung, sondern die wichtigsten Siedlungen im Westjordanland behalten. Die Mauer tut dann ihr übriges, indem sie das Westjordanland in Kantone zerteilt.

Und auch die Roadmap, über die so viel geredet wird, führt letztlich nur nach Oslo zurück, und das Ergebnis von Oslo kennen wir, weshalb wir die Roadmap ablehnen. Das Problem der Roadmap ist, dass sie die nach internationalem Recht gegebenen palästinensischen Rechte nicht anerkennt und somit nur den Israelis hilft. Es bräuchte eine internationale Konferenz unter Schirmherrschaft der UN und Friedenstruppen, um die Palästinenser zu schützen, denn die Israelis verhalten sich, als ob sie über dem Gesetz stünden. Frieden wird es nur ohne

Besatzung und ohne Schwarze Listen geben, wenn also Israel endlich nicht mehr als Opfer, sondern als Aggressor angesehen wird.

Ein gutes Beispiel ist der Waffenstillstand, an den die Israelis sich nicht halten. Er dient dazu die Roadmap durchsetzen und wird uns doch nur zum Ausgangspunkt der Zweiten Intifada zurückbringen.

*Aber die PFLP hat sich am Waffenstillstand beteiligt?*

Wir haben den Waffenstillstand zu Beginn nicht akzeptiert, denn eine Voraussetzung für einen Waffenstillstand wäre das Ende der Besatzung der 67er-Gebiete. Aber schließlich haben wir, aus Rücksicht auf alle anderen Gruppen, die den Waffenstillstand wollten, eingewilligt. Vor dem Abkommen gab es zwei Möglichkeiten, die Israelis hätten es gerne gesehen, dass wir beginnen uns gegenseitig zu bekämpfen. Die andere Möglichkeit, um mit unseren internen Problemen fertig zu werden, bestand darin, sie demokratisch zu lösen. Wir einigten uns darauf an den Wahlen teilzunehmen und die PLO als Dachorganisation aller palästinensischen Organisationen zu erneuern.

*Wie beurteilen sie die momentane politische Situation unter der Führung von Mahmud Abbas?*

Mahmud Abbas ist die Fortsetzung von Arafat und somit politischer Stellvertreter der Bourgeoisie. Fatah hat nicht nur Oslo und die Roadmap akzeptiert und damit die Interessen des palästinensischen Volkes verkauft, sondern agiert auch untransparent, vor allem in Bezug auf die Verwendung von Geldern. Die Autonomiebehörde ist nicht demokratisch und ehrlich in Bezug auf die palästinensische Frage.

*Wird die PFLP sich an den kommenden Parlamentswahlen beteiligen? Und wenn ja, wird die PFLP alleine antreten oder ist es denkbar, dass die PFLP sich an einer Koalition oder Wahlallianz mit Hamas oder anderen islamischen politischen Kräften beteiligt?*

Ja, wir werden uns an den Parlamentswahlen beteiligen. Ich erwarte,

dass die Fatah die stärkste Kraft nach den Wahlen sein wird, dicht gefolgt von Hamas, und wir als wichtigste Kraft der palästinensischen Linken die dritte Kraft sein werden. Letztendlich werden wir zwischen Hamas und Fatah das Zünglein an der Waage sein und hoffen so auch die Linke innerhalb der Autonomiebehörde wieder zu stärken.

Generell sind alle Gruppen in Palästina in derselben Situation, sie führen einen Kampf gegen die israelische Besatzung, seien sie links oder islamisch. Es gibt aber natürlich im politischen Programm, in den sozialen Vorstellungen einer künftigen Gesellschaft große Unterschiede zwischen uns und den islamischen Kräften. Die Hamas ist vom politischen Spektrum her gesehen weit rechts, während wir ein demokratisch-kommunistisches Programm vertreten.

*Warum hat die PFLP bei den vergangenen Präsidentenwahlen Mustafa Barghuti unterstützt?*

Wir haben Mustafa Barghuti unterstützt, weil er mit einem Programm angetreten ist, das auch unseres hätte sein können und de facto einige Punkte beinhaltete, die wir angemahnt haben. An der Wahl haben wir uns aber nicht direkt beteiligt, da sie auf den Vereinbarungen von Oslo basierte, die wir ablehnen. Insofern war Barghuti eine Alternative, auch wenn wir nicht in allem mit ihm übereinstimmten. Dass wir ihn unterstützt haben, heißt aber nicht unbedingt, dass wir dies in Zukunft noch einmal tun werden.

*Es wird allgemein von Veränderungen in der Strategie und Taktik der PFLP gesprochen, deren historische Position die einer demokratischen Ein-Staatenlösung auf dem Gebiet Mandats-Palästinas auf der Grundlage der Zerschlagung Israels war. Können Sie die taktischen Veränderungen beschreiben?*

Ja, es gibt einen Wechsel in der Taktik, aber keinen programmatischen Wechsel. Wir streben nach wie vor eine Ein-Staatenlösung an, da die Zwei-Staatenlösung niemals alle Probleme lösen kann. Schauen wir nur nach Südafrika, dort wäre eine Zwei-

Staatenlösung auch nicht möglich gewesen. Generell wollen wir auch nach wie vor einen säkularen Staat, denn ein Staatswesen auf der Basis der Religion ist äußerst schädlich. Der Wechsel in der Taktik zeigt sich zum Beispiel darin, dass wir uns nun im Gegenteil zu 1996 an den kommenden Wahlen im Januar beteiligen werden.

*Nach den weltpolitischen Veränderungen 1989 und dem Ende der Sowjetunion 1991 hat sich das Kräftegleichgewicht weltweit verändert. In wie weit hat sich das auch auf die Situation in Palästina ausgewirkt?*

Ganz allgemein natürlich, dass die islamischen Kräfte stärker geworden sind. Sie wuchsen in dem Vakuum, das der Niedergang der Linken insbesondere in den arabischen Ländern hinterlassen hatte, weshalb wir eine Balance mit diesen Kräften versuchen. Wir haben seit 89 viele Bündnispartner und Freunde in der Welt und in den umliegenden arabischen Ländern verloren, weil die USA seitdem sehr mächtig geworden sind.

Aber wir glauben auch von den Fehlern der Sowjetunion gelernt zu haben. Nach wie vor sind wir Kommunisten und halten eine internationale Revolution für die zentrale Perspektive zur Lösung der weltweiten Konflikte und Probleme.

Das Interview führte Martin Kaschube im Rahmen der Solidaritätsdelegation „Risse in der Mauer“.

# Befreiungskampf ist kein Terrorismus!

## Zu Gegenwart und Vergangenheit der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)

In der Periode nach 1948, als der Staat Israel errichtet wurde, lebten große Teile der palästinensischen Bevölkerung als Flüchtlinge in benachbarten arabischen Ländern, besonders in Syrien, Jordanien, Libanon und Ägypten. Das ist die Erklärung dafür, weshalb die Palästinenser, anstatt eigene palästinensische Organisationen aufzubauen, sich oft den politischen Parteien ihrer „Gastländer“ anschlossen. Diese waren antikoloniale Parteien, wie die Ba'ath-Partei oder die Arabische Nationalbewegung (ANM). Die meisten Palästinenser erwarteten, dass die arabischen Länder Palästina befreien würden. Der ägyptische Präsident Gamal Nasser wurde als Symbol des Panarabismus angesehen.

### Die Palästinenser selbst müssen Palästina befreien

1959 gründeten Yassir Arafat und Abu Jihad die Organisation al-Fatah. Sie betonten, dass die Befreiung Palästinas die Aufgabe der Palästinenser sei und dass den arabischen Ländern die Rolle zukäme, einen Verteidigungsgürtel um Palästina zu bilden. Die Idee, dass die Palästinenser selbst Palästina befreien sollten, war neu und stellte die Grundlage des modernen palästinensischen Nationalismus dar. 1964 wurde die PLO gegründet, zunächst von Präsident Nasser, der den Aufbau der PLO nützen wollte, um die wachsende palästinensische nationalistische Bewegung zu kontrollieren.

Die PLO wurde die Dachorganisation für eine große Zahl palästinensischer Fedayin-Gruppen. Al-Fatah, geführt von Yassir Arafat, trat der PLO 1969 bei und blieb die bis heute dominierende Kraft innerhalb der PLO.

Die PFLP wurde 1967 gegründet. Die Initiative dazu geht auf Dr. George Habash zurück, der die anschließenden 33 Jahre der hoch angesehene Führer der PFLP blieb. Habash und seine

Familie wurden 1948 aus Lydda nach Amman, Jordanien vertrieben. Habash erinnert sich:

„Sie töteten unsere Leute, sie vertrieben uns aus unseren Häusern, Städten und von unserem Land. Auf meinem Weg von Lydda nach Ramallah sah ich Kinder, junge und alte Menschen, die auf dem Boden lagen und starben. Wenn du das siehst, was kannst du sonst werden, außer ein Revolutionär und was kannst du sonst tun, außer für die Freiheit zu kämpfen?“

In den 1950ern gründete George Habash gemeinsam mit seinem Freund Wadi Hadad die Arabische Nationalbewegung (ANM), die eine antikoloniale und antizionistische Bewegung war. Gemäß der ANM sei die Befreiung Palästinas nur durch den Aufbau eines gemeinsamen arabischen Staates zu erreichen, der allein stark genug sein werde, den Zionismus und westlichen Imperialismus zu schlagen.

Die schockierende Niederlage der

arabischen Länder gegen Israel im Juni-Krieg von 1967, als Israel das Westjordanland und Gaza besetzte, führte dazu, dass Habash und seine Freunde realisierten, dass der kleinbürgerliche Nationalismus von Nasser und die konventionelle militärische Strategie unzureichend im Kampf gegen den Zionismus waren.

Habash und seine palästinensischen Genossen waren beeinflusst von der „Entdeckung des Marxismus“ Ende der 1960er Jahre, vom verlängerten Volkskrieg in Vietnam, von Che Guevara, den Befreiungskämpfen in Afrika und besonders vom Befreiungskampf der Algerier gegen den französischen Kolonialismus.

Als Habash und seine Genossen die ANM 1967 verließen und die PFLP gründeten, markierte dies einen politischen Schritt hin zu einer vom Marxismus sowohl auf politischer, organisatorischer als auch militärischer Ebene inspirierten politischen Strömung.



### Die Strategie der PFLP

Etwa um das Jahr 1979 arbeitete die PFLP eine politische Strategie aus, welche offiziell bis heute unverändert besteht. Das strategische Ziel der PFLP ist es, einen sekulären demokratischen Staat im historischen Palästina für alle Völker – unabhängig von der Religion, der Nationalität usw. – zu errichten. Dieser eine Staat könne – gemäß der PFLP – nur durch bewaffneten Kampf und durch die Zerstörung des zionistischen Staates Israel erreicht werden.

Leila Khaled, führende PFLP-Aktivistin, erklärte 1973:

„Das Ziel der palästinensischen Befreiungsbewegung ist die vollständige Befreiung Palästinas, die Auflösung des zionistischen Staates und die Bildung einer sozialistischen Gesellschaft, in der Juden und Araber gemeinsam in Frieden und Harmonie leben können. Um unser Ziel zu erreichen, wenden wir die Volkskriegsstrategie und den bewaffneten Kampf an. Wir haben keine andere Möglichkeit um die Zionisten aus Palästina zu vertreiben. (Mon peuple vivra, Gallimard, 1973)

Jeder, der die Entwicklung der PFLP verfolgt wird, die wichtigen Veränderungen in der Politik der Befreiungsfront bemerkt haben, doch wie Ahmad Sa'adat, der Generalsekretär der PFLP, betont, sind diese nur auf der taktischen Ebene zu finden (siehe Interview auf Seite 19). Die letzten zwanzig Jahre haben große Änderungen in den Bedingungen des palästinensischen Befreiungskampfes

gebracht, die natürlich auch die Befreiungsbewegung beeinflusst haben. Eine große Veränderung war der Zusammenbruch der Sowjetunion, der eine Schwächung der internationalen Linken bedeutete, und auch ein schwerer Schlag für die palästinensische Linke und die PFLP war. Die Bildung der Gruppen des politischen Islam, wie Hamas und Islamischer Jihad in Palästina während der 1980er Jahre bedeutete einen weiteren Schlag für die sozialistische Bewegung. Die Entstehung der Organisationen des politischen Islam wurde durch den CIA und den Zionismus unterstützt oder toleriert, um die starke revolutionäre Bewegung überall im Nahen Osten zu schwächen, unter dem Motto von Carter-Brzeziński (Zbigniew Brzeziński war der Sicherheitsberater von Carter): „Lieber Religion als Revolution!“ Daher unterstützte oder tolerierte der US-Imperialismus im ganzen Nahen Osten die Errichtung von Moschen und die Bildung von Gruppen des politischen Islam. Unglücklicherweise wurde der Carter-Brzeziński-Plan ein Erfolg für den Imperialismus: Der Nahe Osten erlebte eine ernste Schwächung der revolutionären Kräfte und eine gleichzeitige Stärkung des politischen Islam.

### Die PFLP und die demokratischen Kräfte

Die PFLP – im Unterschied zu Arafat und Fatah – war historisch immer gegen Friedensverhandlungen und

Kompromisse mit dem Zionismus und Imperialismus gewesen. Wie die PFLP zu sagen pflegte: „Die Rechte der Palästinenser sind nicht verhandelbar.“ Die PFLP war gegen das Abkommen von Oslo 1993, welches die Front als ein zionistisch-imperialistisches Projekt betrachtet, dessen Ziel es ist, die palästinensische Befreiungsbewegung zu liquidieren. Die PFLP boykottierte konsequent die Wahlen für die Palästinensische Nationalbehörde in den 1990ern aufgrund ihrer Ablehnung von Oslo.

Die PFLP von heute ist ein wenig pragmatischer, als sie es zu sein pflegte. Heute nimmt die Front an breiten taktischen Allianzen mit anderen Fraktionen der palästinensischen Nationalbewegung teil, mit dem gemeinsamen Ziel die Besatzung von 1967 im Westjordanland und Gaza zu beenden. Die PFLP nahm an den Kommunalwahlen dieses Jahres teil und plant auch an den kommenden Parlamentswahlen Anfang 2006 teilzunehmen. Die PFLP war immer – und ist auch heute noch – die zweitstärkste Kraft in der PLO hinter der stärksten Kraft nach der Fatah. Die PFLP steht der PNA kritisch gegenüber. Sie kritisiert diese wegen des voranschreitenden Bürokratismus und dafür, dass sie den Forderungen des Zionismus und Imperialismus mehr Gehör schenken als den Bedürfnissen des palästinensischen Volkes.

Die PFLP sieht sich selbst als Teil der „demokratischen Kräfte“ (PFLP, die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas DFLP, die Palästinensische Volkspartei PPP und Unabhängige) – im Gegensatz zur bürgerlichen Fatah und im Gegensatz zu den rechten islamischen Bewegungen Hamas und Islamischer Jihad. Während der jüngsten Wahlen (Präsidentenwahlen und Kommunalwahlen) 2005 vereinigten die „demokratischen Kräfte“ etwa 20-25% der Stimmen auf sich.

### PFLP auf der Schwarzen Liste

Heute steht die PFLP auf den Schwarzen Listen der USA und der EU. Es ist jedoch für die PFLP nichts Neues von denjenigen die an der Macht sind, als terroristisch bezeichnet zu werden.





Dies ist seit den frühen 1970er Jahren der Fall, als die PFLP – wie auch andere palästinensische Befreiungsbewegungen – sich an der Entführung von Flugzeugen imperialistischer Fluglinien beteiligt hatte. Eine der Entführerinnen war Leila Khaled, die so rasch ein Symbol für die Teilnahme der palästinensischen Frauen am Befreiungskampf wurde. Das Ziel der Entführungen war es der Welt die Augen für die palästinensische Frage zu öffnen. Aber schon 1972 setzte der Generalsekretär George Habash den „internationalen Terroraktivitäten“ ein Ende und dieser Schritt führte – später – zu Spaltungen innerhalb der PFLP und der Bildung neuer Fraktionen (z.B. PFLP-special operations)

Heute ist die PFLP auf den Terrorlisten der USA und der EU zu finden – als Teil des „Krieges gegen den Terror“ von Präsident Bush. Warum? Niemand in der EU möchte diese Frage beantworten. Ein Mitglied der PFLP hat eine Erklärung: „Sharon wollte es!“ Über die Terrorlisten der EU wird in einem geschlossenen Komitee entschieden, sodass die aufgelisteten Gruppen und Individuen keine Möglichkeit haben sich zu verteidigen. Die einzige offizielle Begründung für die Illegalisierung der PFLP, die von europäischen Poli-

kern und den Medien gegeben wurde, war die Liquidierung des ehemaligen israelischen Tourismusministers Ze'evi durch die PFLP.

Die Liquidierung Ze'ewis, eines extrem rechten Zionisten, der für die ethnische Säuberung der Palästinenser seit 1948 mitverantwortlich war, war die Reaktion der PFLP auf die Ermordung ihres Generalsekretärs Abu Ali Mustafa durch das israelische Militär am 27. August 2001 in seinem Büro in Ramallah.

Abu Ali Mustafa (Mustafa Ali Zabari, geboren 1938) wurde bereits im Jahre 1968 Führer des militärischen Flügels der PFLP. Am 6. Kongress der PFLP im Jahre 2000 wurde er zum Generalsekretär gewählt und nahm so den Platz von George Habash ein, welcher die PFLP seit 1967 geführt hatte. Nach Abu Ali Mustafa wurde Ahmed Sa'adat zum gegenwärtigen Generalsekretär, der jetzt im Gefängnis der PNA in Jericho sitzt (siehe Interview auf Seite 19).

Es ist paradox, dass die PFLP sich zu einem Zeitpunkt auf den Terrorlisten wiederfindet, an dem die Front viel schwächer ist als zum Beispiel in den 1980er Jahren, und heute auch die Formen des Kampfes genau auseinander hält. Während – wie oben erwähnt – die PFLP zunächst den bewaffneten

Kampf als Lösung für beinahe alles sah, übt die Front heute Selbstkritik für diese Position. Die PFLP betrachtet den bewaffneten Kampf noch immer als legitimen Kampf gegen die Besatzung, aber – wie die PFLP in ihrem letzten Kongressbericht (2000) feststellte: Es gibt andere wichtige und notwendige Formen des Kampfes: politisch/ökonomisch, sozial, kulturell, im Bildungsbereich. Vielleicht ist das der Grund, weshalb Sharon die PFLP auf der Terrorliste haben wollte.

*Irene Clausen*

Irene Clausen lebt in Dänemark und ist Mitglied des Internationalen Forums. Sie nahm an der internationalen Solidaritätsdelegation „Risse in der Mauer“ nach Palästina teil.

## Hebron – eine besetzte Stadt

Hebron macht die israelische Siedlungspolitik deutlich, welche die Präsenz radikaler jüdischer Fundamentalisten mit einer starken anti-arabischen Ideologie inmitten einer palästinensischen Stadt unterstützt und fördert.



Hebron ist seit Juni 1967 unter israelischer Besetzung. Israels erste Siedlung im Westjordanland, Qiryat Arba, wurde an die Grenze Hebrons gebaut. Nach dem Abkommen vom Jänner 1997 über den Rückzug der israelischen Armee wurde Hebron in zwei Sektoren geteilt. Sektor H1 (80% der Gemeinde) steht unter palästinensischer Autonomiehoheit, der Sektor H2 (20%) befindet sich unter israelischer Kontrolle. Sektor H2 umfasst Teile der Altstadt, auch die Ibrahim-Moschee, und das in ihr befindliche Grabmal der Patriarchen Abraham, Isaak und Jakob, ein Heiligtum für Moslems und Juden (Bild oben). In Sektor H2 leben 40 000 Palästinenser und ungefähr 500 Siedler, die meisten von ihnen kommen aus den Vereinigten Staaten. Die Präsenz der Siedler und der 4 000 Soldaten (laut *Christian Peacemakers Team CPT*), die diese beschützen, erklärt die Spannung in der Stadt. Belästigungen, Vandalismus und Gewaltakte gegen die dort wohnende palästinensische Bevölkerung stehen an der Tagesordnung. Der "Settler Violence Report 82" von Ahmad Jaradat spricht im Zeitraum 15. Juli bis 15. August 2005 von 14 Gewaltakten gegen Palästinenser und deren Eigentum, ausgehend von Siedlern und unterstützt durch die israelische Armee: Geschäftszerstörungen, Überfälle mit Körperverletzungen, Landenteignungen usw. werden hier angeführt. In den letzten Jahren wurden hunderte

Palästinenser gezwungen ihre Geschäfte zu schließen. Grund dafür sind Provokationen und Einschüchterungen von Siedlern und Soldaten, die Straßen mit Zementblocks absperren und die palästinensischen Autofahrer daran hindern die Stadt zu erreichen. Der bekannte Markt, der alte Suk, ist teilweise wie ausgestorben. Siedler besetzen die oberen Stockwerke der Gebäude und werfen nun ihren Mist in das Marktareal (Bild unten). Viele Häuser wurden vom israelischen Militär okkupiert und zu Militärstützpunkten, Checkpoints oder zu Wachtürmen umfunktioniert. Palästinenser müssen eine Drehtüre und einen Checkpoint passieren, wollen sie in die Ibrahim-Moschee beten gehen. (Bild rechts) Willkürakte der israelischen Soldaten an den Checkpoints gehören zum Alltagsleben der Palästinenser. All diese Aktionen machen das Leben der Palästinenser unerträglich.

Hebron zeigt sehr deutlich, welche geopolitischen und strategischen Ziele die israelische Politik verfolgt, nämlich ihre eigene Bevölkerung in besetzten palästinensischen Gebieten anzusiedeln. Dabei existieren Allianzen zwischen dem Staat Israel und extremistischen Siedlergruppen, wie Gush Emunim. Das erklärt einmal mehr,

warum die israelische Armee keine Anstalten dazu macht, die palästinensische Bevölkerung vor Gewalttaten der Siedler zu beschützen.

Offensichtlich verfolgt die israelische Regierung gemeinsam mit der Siedlergemeinde in Hebron und deren Unterstützern in Israel den Plan, Hebrons arabische Altstadt in eine jüdische Stadt um zu transformieren. Ziel ist die Ausdehnung der Siedlung in Hebron und deren Verbindung mit Qiryat Arba.

Natascha Zotter



Natascha Zotter ist Aktivistin der Antimperialistischen Koordination in Wien. Sie nahm an der Solidaritätsreise nach Palästina „Risse in der Mauer“ teil.

Quelle: Occupation in Hebron; Patrick Mueller 2004, a publication of The Alternative Information Center



# „Zusammen gegen den Imperialismus“

Interview mit Scheich Hassan Abu Yussuf,  
Sprecher der Hamas im Westjordanland

Scheich Hassan Abu Yussuf ist einer der prominentesten Sprecher des politischen Flügels der Hamas im Westjordanland. Die internationale Solidaritätsdelegation „Risse in der Mauer“, hatte die Gelegenheit ihn in Ramallah für ein Interview zu treffen, nur einen Tag nachdem Feuer auf sein Auto auf seinem Weg nach Hause eröffnet worden war. Bei diesem Überfall wurde niemand getötet oder verletzt.

*In den europäischen Medien ist oft die Rede von der Hamas, wobei es meistens um ihre militärische Aktivität geht. Können Sie uns Ihre Organisation vorstellen?*

Zunächst einmal bin ich froh, dass Sie aus Europa gekommen sind um sich über die Hamas aus erster Hand zu informieren. Hamas wird als terroristische Organisation bezeichnet, obwohl wir nichts dergleichen sind, wir sind Freiheitskämpfer, wir verteidigen unser Land und unsere heiligen Stätten, unser Volk gegen die Aggression, gegen die Mauer, gegen die Siedlungen. Gegen die Besatzung, die Männer, Frauen und Kinder tötet. Dazu gibt uns die Religion das Recht. Wir sind betrübt, dass die Geschichte umgeschrieben wurde und diejenigen, die sich selbst verteidigen, nun Terroristen genannt

werden, hingegen diejenigen, die uns besetzen, Freiheitskämpfer geworden sind. Wir leben in traurigen Zeiten. Ist das die Zivilisation, von der die USA reden? Wer wird von ihnen verteidigt? Wir haben sechzig Jahre Besatzung erdulden müssen und die USA und andere Länder unterstützen die Besatzung wirtschaftlich und durch die Medien. Immer wenn es UNO-Resolutionen zu Gunsten der Rechte der Palästinenser gegeben hat, haben die USA ihr Vetorecht gebraucht. Das Regime in Ost-Timor konnte innerhalb kürzester Zeit zu Fall gebracht werden, aber hier will niemand intervenieren. Die Welt hat uns verlassen, niemand unterstützt uns, damit wir unseren eigenen Staat haben können. Wieso haben wir dann nicht das Recht uns als Hamas-Partei zu verteidigen? Hamas hat vielen Waffenstillständen zugestimmt, wir sind die disziplinierteste politische palästinensische Partei. Was erwartet die Welt von den Palästinensern wenn ihre Häuser zerstört, ihr Land geraubt, ihre Bäume entwurzelt, Familienangehörige ins Gefängnis geworfen werden? Erwartet man von uns einfach da zu sitzen, die Hände in den Schoß zu legen und den Aggressoren einen Strauß Blumen zu überreichen? Wir verteidigen uns, wir verteidigen die islami-

schen und christlichen heiligen Stätten, wir verteidigen eine Nation, von der sechzig Prozent im Exil leben. Wir verteidigen unser Land gegen die Apartheidmauer, gegen die Demütigung der Alten, Kranken und Schwangeren bei den Checkpoints. Die Internationale Gemeinschaft sollte einschreiten bevor es zu spät ist. In den freien Ländern sollten sich die Solidaritätsbewegungen mobilisieren.

*Was sind die täglichen Aktivitäten um der Besatzung zu widerstehen und den palästinensischen Widerstand zu stärken? Was für eine Rolle spielt die Hamas in der palästinensischen Gesellschaft?*

Wir sind nicht nur eine militärische Gruppe, sondern wir verfolgen verschiedene Aktivitäten. Wir haben Schulen, Hilfswerke, Wohltätigkeitsvereine und viele Palästinenser unterstützen uns. Bei den Kommunalwahlen waren wir sowohl in der ersten als auch in der zweiten Runde stark vertreten. Wir bereiten uns auch darauf vor an den kommenden Parlamentswahlen teilzunehmen, zum ersten Mal. Wir glauben an das demokratische Zusammenleben, wir respektieren den demokratischen Prozess in allen Institutionen und Organisationen. Eines der Fundamente des Islam ist die *shura*,

## Das Massaker in der Ibrahim-Moschee

Am Morgen des 25. Februar 1994, in dem für Muslime heiligen Monat Ramadan waren Hunderte von Palästinenser in der Haram-al-Ibrahimi-Moschee versammelt um zu beten. Plötzlich betrat Baruch Goldstein, ein Siedler aus Kiryat Arba und Mitglied der Karch-Partei in Militäruniform die Moschee und schoss in die nach Mekka gerichtete, betende Menschenmenge, tötete dabei 29 Männer und Jugendli-

che und verwundete nahezu zweihundert schwer. Die Einschusslöcher kann man heute noch dort sehen.

Nach diesem Massaker an betenden Palästinensern fanden im Westjordanland und im Gazastreifen Demonstrationen statt. Dabei tötete die israelische Armee zwölf weitere Palästinenser in der Nähe des Krankenhauses in Hebron. Eine Ausgangssperre wurde über Hebron verhängt, die Gegend um die Moschee wurde zur „Sicherheitszone“ erklärt. Neun Monate lang war es den muslimischen Palästinensern

untersagt, die Moschee zu besuchen. Jüdische Siedler hingegen durften sich weiterhin frei bewegen. Goldsteins Witwe versuchte die Überlebenden des Massakers zu beschuldigen, ihren Mann umgebracht zu haben. Heute ist sein Grab eine zentrale Pilgerstätte für ultrarechte Anhänger des verstorbenen Meir Kahane, meistens Siedler der radikalen Siedlungen im Westjordanland.

Quelle: Palestine guidebook; Alternative Tourism Group

die Diskussion, was nichts anderes bedeutet als der demokratische Weg der Entscheidungsfindung. Wir sind aufgeschlossen, wir sind bereit mit den anderen zu leben, wir sind gegen das Konzept des Religionskampfes oder des Kampfes der Zivilisationen, das Gesetz soll herrschen. Wir bedauern, dass wir hier bislang kein Gesetz, sondern nur Chaos haben. Durch politische Wahlen wird das Gesetz in diesem Land gestärkt werden. Wir sind auch für die Unabhängigkeit der Gerichte, wir hatten nichts mit den Angriffen auf Richter zu tun.<sup>1</sup>

Wir setzen uns gegen die Armut, gegen die Arbeitslosigkeit ein, wir brauchen soziale Gerechtigkeit. Wir sind nicht engstirnig, wir sind offen für die Wissenschaft und Entdeckungen. Der Kern unserer Organisation besteht aus Studenten, Universitätsprofessoren, Akademikern. Wir respektieren Frauen, sie spielen eine wichtige Rolle in allen Aspekten des Lebens. Wir haben Institutionen spe-

ziell für Frauen, sie haben auch Positionen innerhalb Hamas, in denen sie zu entscheiden haben. Sie arbeiten Seite an Seite mit den Männern in Operationen gegen die Besatzung. Viele müssen dafür, dass sie Teil der Bewegung sind, auch Gefängnisstrafen verbüßen. Eine von ihnen wurde sogar zu 17 Mal lebenslänglich verurteilt.

Also hier geht es nicht um Terrorismus. Die Palästinenser kommen zu Hamas, diskutieren, besonders aus dem gebildeten Teil der Bevölkerung. Wir nehmen am öffentlichen Leben teil, um den Aufbau eines palästinensischen Staates zu unterstützen, den Individualismus zu beenden, um Zusammenarbeit zu erreichen. Wir haben gute Beziehungen zu allen Menschen in der Welt, die uns die Hand reichen, denn wir sind gegen den Imperialismus.

Gegen den Imperialismus zu kämpfen bedeutet frei und gut zu leben, mit Würde und Freiheit ohne von anderen beherrscht zu werden. Das ist

es, was der Islam möchte: die Sklaverei beenden. Es ist Zeit für die armen und schwachen Völker sich gegen den Imperialismus zusammen zu finden. Im Islam ist es uns nicht gestattet Tieren zu schaden, wie kann es uns also gestattet sein Menschen schlechter noch als Tiere zu behandeln? Ich hoffe, wir werden erfolgreich gegen den Imperialismus sein. Wenn das Feuer und die Gewalt hier in Palästina weniger wird, wird das auch gut für die Menschen außerhalb Palästinas sein. Wir sind gegen Hass und das Böse überall auf der Welt. Als Ergebnis der US-Unterstützung für die großen Übel in der Welt, besonders die Besatzung in Palästina und in anderen Teilen der Welt, verüben manche Gruppen Anschläge wie in London oder Madrid. Hamas ist gegen diese Art von Anschlägen in anderen Ländern. Wir fürchten, dass die Menschen schwer durch diese Angriffe getroffen werden, wenn sie ihre Regierungen nicht stoppen. Hamas ist Teil der internationalen islamischen





Bewegung und auch in Europa und Amerika vertreten. Die Internationale Gemeinschaft hat Hamas auf die Liste der terroristischen Organisationen gesetzt. Und die islamische Bewegung die sich gegen diesen Schritt ausgesprochen hat, muss nun selbst fürchten, verfolgt zu werden. Alles was wir wollen, ist respektiert zu werden.

*Sie haben die kommenden Parlamentswahlen erwähnt. Unter welchen Umständen sind Sie bereit sich an der Regierung zu beteiligen?*

Wir werden an den Wahlen teilnehmen und abhängig davon, was die Palästinenser wollen, könnten wir auch in die Regierung gehen.

*Was ist Ihre Einschätzung des Abzuges aus Gaza?*

Ich glaube nicht, dass Israel Frieden will. Ich fürchte, während Israel einerseits aus dem Gazastreifen abzieht, baut es andererseits die Siedlungen im Westjordanland weiter aus, zerstört weiterhin unsere Infrastruktur. Deswegen kann von den Palästinensern nicht erwartet werden, dass sie ruhig bleiben. In Wirklichkeit ist es ein Trick. Gaza bleibt, was es war: ein großes Gefängnis.

*Könnten Sie uns erläutern, was bei den Zusammenstößen zwischen Palästinensern, die im Juli im Gazastreifen stattgefunden haben, passierte?*

Es begann damit, dass die Israelis Hamas-Leute umbrachten. Darauf beschlossen Mitglieder der Qassam-Brigaden als Vergeltung die Israelis

anzugreifen. Einige Leute, die nahe der Fatah sind, haben das Feuer auf unserer Leute eröffnet, aber es war eine kleine Sache. Jetzt ist alles wieder unter Kontrolle, es war leicht für die Hamas die Kontrolle über die Situation wiederzugewinnen.

*Wie sehen Ihre Beziehungen mit anderen politischen und militärischen Kräften des palästinensischen Widerstands aus?*

Was die militärische Kooperation betrifft, so weiß ich das nicht, da ich nichts damit zu tun habe. Innerhalb der Hamas kooperieren der militärische und politische Flügel natürlich miteinander, dennoch sind wir nicht über alle Dinge unterrichtet. Es gibt mit den anderen Organisationen ein allgemeines Einverständnis über vielerlei Dinge, wir sind in Kontakt mit der PFLP, der DFLP und auch mit Fatah. Es gibt ein gegenseitiges Gefühl des Respekts. Wir kooperierten mit der PFLP in den Kommunalwahlen in Bethlehem. Obwohl sowohl PFLP als auch DFLP linke Parteien sind, uns also in vielen grundlegenden Fragen fern stehen, gibt es einige Punkte, in denen wir übereinstimmen, im Sinne des Wohlergehens des palästinensischen Volkes.

*Was ist ihrer Meinung nach die bessere Lösung: die Einstaaten-, oder die Zweistaatenlösung?*

Wir sind gegen die Besatzung, wir kämpfen für die Befreiung von der Besatzung. Nach dieser Befreiung stimmen wir zu, demokratische Wahlen abzuhalten. Es ist naiv von

### **Qalqilyas gewählter Bürgermeister in Administrativhaft**

Bei den letzten Kommunalwahlen hat die Hamas die Stimmenmehrheit in Qalqilya errungen. In keiner anderen Stadt im Westjordanland gewann die Hamas derartig überlegen. Dieser Wahlsieg deutet darauf hin, dass die Kompromisspolitik der Fatah bei der Bevölkerung nicht auf Gegenliebe stößt. Darüber hinaus zeigt er deren Unmut aufgrund der offensichtlichen Korruption und lokalen Misswirtschaft der Fatah auf. Der gewählte Bürgermeister von Qalqilya, Wajia Nazal, wird derzeit in Israel für drei Jahre in Administrativhaft festgehalten. Das entsprechende Gesetz wurde in einer Periode des Ausnahmezustands unter britischem Mandat verwendet und nach dem Krieg von 1967, in eklatanter Missachtung des Völkerrechts von Israel wieder eingeführt.

Die internationale Solidaritätsdelegation hatte die Gelegenheit mit dem Vizebürgermeister von Qalqilya, Muhammad al-Masri, zusammenzutreffen. Al-Masri betonte die Unterscheidung, die er und seine Partei Hamas zwischen den europäischen Regierungen, die den israelischen Staat und seine Unterdrückungspolitik unterstützen, und den europäischen Völkern, die hingegen mit der palästinensischen Bevölkerung solidarisch sind, treffen. Die Regierungen sind es, so al-Masri, die den palästinensischen Widerstand als terroristisch delegitimieren, während die europäischen Völker sich dessen Rechtmäßigkeit sehr wohl bewusst sind.

einer Zweistaatenlösung zu sprechen, denn wird Israel jemals den Grenzen von 1967 zustimmen oder Jerusalem als Hauptstadt für die Palästinenser anerkennen? Wir müssen in zwei Schritten denken, aber zuerst brauchen wir die Befreiung von der Besatzung.

*Das Gespräch wurde  
am 22. August 2005 in Ramallah  
geführt.*

<sup>1</sup> In Gaza hatte es zuvor Angriffe gegen einige Richter gegeben, Anm. d. Red.

# Apartheid in den 1948 besetzten Gebieten

Wichtiger Programmpunkt der Solidaritätsreise war der Besuch in den 1948 besetzten Gebieten, also im heutigen Israel.<sup>1</sup> Solidarität mit Palästina darf nicht auf die 1967 besetzten Gebiete beschränkt werden, wie dies oft in Verteidigung der Zwei-Staaten Lösung vor allem im europäischen Raum geschieht.

Insbesondere zwei Organisationen, die wir im Zuge der Solidaritätsreise besuchten, beschäftigen sich mit der Unterdrückung der Palästinenserinnen und Palästinenser innerhalb der grünen Linie: *Abna' al-Balad* und die *Association for the Defense of the Rights of the Internally Displaced Persons in Israel*. Beide Organisationen arbeiten in den seit 1948 besetzten Gebieten.

Dieser Bericht besteht aus zwei Teilen. Im ersten wird eine allgemeine Beschreibung des Apartheid-Systems des israelischen Staates gegeben, im zweiten wird genauer auf die Methode der Zerstörung ganzer Dörfer und der Nicht-Anerkennung von Dörfern und Städten eingegangen, ein Punkt, für den sich vor allem die Association for the Defense of the Rights of the Internally Displaced Persons einsetzen.

## Shafar'arma – ein Beispiel unter vielen

Am 5. August reisten wir bereits zu zweit nach Haifa, eine Stadt in den 1948 besetzten Gebieten. Sofort wurden wir mit der Situation konfrontiert, was es bedeutet Palästinenser in Israel zu sein. Ein Tag zuvor schoss ein Soldat in Shafar'arma, einer kleinen Stadt in der Nähe von Haifa, in einen Bus und ermordete vier Menschen: Zwei junge Frauen, Schwestern, die eine Ausbildung zu Volksschullehrerinnen machten und auf Urlaub in ihrer Heimatstadt waren und zwei ältere Männer, einer von ihnen ein Ladenbesitzer in der Stadt. Der Bus kam von Haifa und passierte zunächst Dörfer mit überwiegend jüdischen Bewohnerinnen und Bewohnern. Der Soldat wartete bis der Bus nur noch rein

arabische Städte und Dörfer passierte. In Shafar'arma dann schoss er in den Bus. Von staatlicher Seite wurde das Massaker dargestellt, als wäre es von einem verrückten Einzelgänger durchgeführt worden. Doch der Mord an Palästinenserinnen und Palästinensern gehört nicht nur im Westjordanland und im Gaza Streifen zum traurigen Alltag. Auch wenn es sich in diesem Fall nicht um ein staatlich geleitetes Manöver handelte, gehört nicht nur der Rassismus, sondern auch die Ermordung und Vertreibung der Palästinenserinnen und Palästinenser zum staatlichen Grundkonzept. Auf dem Begräbnis der Ermordeten wurde ein einziges Transparent gespannt mit dem Text: „Ein Mörder, viele Kriminelle!“

## Israel – „ein jüdischer, demokratischer Staat“

Zur Zeit seiner Gründung lautete eine Losung des israelischen Staates „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land!“ Dies war nicht nur eine Lüge, um die Besetzung des Landes besser verkaufen zu können, sondern mit der Nakba von 1948 wurde ein Großteil der palästinensischen Bevölkerung vertrieben, das Land also für den Siedlerkolonialismus bereitet. Während der Nakba 1948 wurden 800 000

Palästinenserinnen und Palästinenser zur Flucht gezwungen oder aus ihren Häusern vertrieben und zu Flüchtlingen gemacht. Nur 150 000 von ihnen blieben in den 1948 besetzten Gebieten, darunter wurden 25 % aus ihren Häusern vertrieben. 85 % der schätzungsweise 550 palästinensischen Städte und Dörfer, die vor 1948 existierten, wurden entvölkert.

Trotz alledem kann Israel vor der westliche Welt behaupten eine Demokratie, die einzige im arabischen Raum, zu sein, und kann somit im Westen und vor sich selbst Legitimität in Anspruch nehmen. So meint der israelische Botschafter in Deutschland: „Der Staat Israel [...] gewährleistet all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse oder Geschlecht völlige Gleichheit der sozialen und politischen Rechte. Ebenso gewährleistet er Religions-, Gewissens-, Sprach-, Bildungs- und Kulturfreiheit. Er schützt die Heiligen Stätten aller Religionen. Er steht fest zu den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen.“<sup>2</sup>

Das sich das Konstrukt Israels als Demokratie halten kann, zeugt von der Arroganz breiter Teile der israelischen Bevölkerung und der Mehrheit der imperialistischen Staaten vor dem Schicksal der Palästinenserinnen und





Palästinenser.

Das Konstrukt Israels als demokratischer Staat fällt aber schon in seinen Grundsatzklärungen in sich zusammen. Denn Israel wird nicht nur als demokratischer, sondern als jüdischer demokratischer Staat definiert. Es wird also schon in den grundlegenden Prinzipien eine Ungleichheit zwischen jüdischer und nichtjüdischer Bevölkerung festgemacht. Schlussfolgernd gibt es auch keine israelische Identität, sondern eine jüdische und eine arabische Identität, die auch im Pass so festgeschrieben werden. So hat auch der israelische Staat keine Verfassung, sondern wird mittels Notstandsgesetzen, die noch aus der britischen Mandatszeit stammen, regiert. Denn gäbe es eine Verfassung, müssten grundlegende Rechte für alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger formuliert werden. Eine Unterdrückung eines Teiles der Staatsbürger, eben jener nicht jüdischer Religion, kann in einem angeblich demokratischen Staat nicht festgelegt werden.

So müssen auch die einzelnen Parteien, um für die Parlamentswahlen antreten zu können, erklären, dass sie den israelischen Staat, der gleichzeitig jüdisch und demokratisch sei, anerkennen. Sie müssen also, um an der „Demokratie“ partizipieren zu können, zuvor den Rassismus des Staates legitimieren. Dies schließt viele arabische

Parteien aus, beispielsweise *Abna' al-Balad*, die ihre eigene Unterdrückung nicht unterzeichnen können.

### Einzelne Aspekte des Apartheid-Systems

Die Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung israelischer Staatsbürgerschaft dominiert alle Aspekte des Lebens, von denen hier nur einige beschrieben werden. Im Schulsystem beispielsweise gibt es jüdische und arabische Schulen mit jeweils eigenen Lehrplänen und Budgets. Arabische Schulen müssen mit einem Bruchteil des Geldes, das für jüdische Schulen ausgegeben wird, zurechtkommen. Für ein arabisches Kind wird im Bildungssystem nur halb soviel ausgegeben wie für ein jüdisches. Die Lehrpläne sehen für arabische Schülerinnen und Schüler ein geringeres Bildungsniveau vor. So wird beispielsweise Weltliteratur an arabischen Schulen üblicherweise nicht gelehrt. Auch sieht der Lehrplan an arabischen Schulen nicht vor, Kenntnisse über die eigene Geschichte zu entwickeln. Er streift kaum die Geschichte Palästinas.

Eine weitere Benachteiligung arabischer Schüler ist mit der Sprache gegeben. Hebräisch muss bis zum Abitur als Hauptfach genommen werden. Die Note in diesem Fach ist für die Aufnahme an eine Universität entscheidend.

Palästinensische Schüler stellen fast ein Viertel der Schüler in den 1948 besetzten Gebieten, sie stellen aber nur acht Prozent der Studenten an den Universitäten.

Eines der Mittel, mit dem versucht wird Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft aus den Gebieten innerhalb der Grünen Linie zu vertreiben, ist die Selektion in der Vergabe von Staatsbürgerschaften. Während Menschen jüdischen Glaubens weltweit Anspruch auf die israelische Staatsbürgerschaft haben, bekommen Palästinenserinnen und Palästinenser aus dem Westjordanland oder dem Gazastreifen diese nicht einmal, wenn sie einen Menschen mit israelischer Staatsbürgerschaft heiraten. Ihnen wird sogar das Aufenthaltsrecht verwehrt. Übernachtungen im israelischen Staat werden zu einer Straftat. In den 1948 besetzten Gebieten leben sie also in der ständigen Angst vor Kontrollen. Diese Angst ist begründet. Durchsuchungen und Überprüfungen außerhalb des Wohnortes, Straßensperren in arabischen Gebieten (ungesetzlich, aber mit Beteiligung der Polizei) werden regelmäßig durchgeführt. Somit werden Familien oft gezwungen in die 1967 besetzten Gebiete zu ziehen. Das Gesetz wurde zwar erst dieses Jahr erlassen, schließt aber auch jene ein, die zu einem früheren Zeitpunkt heirateten. Ihre Einbürgerungsverfahren sind auf Eis gelegt und auch ihnen verbietet man in den 1948 besetzten Gebieten zu leben. Die Verweigerung der Staatsbürgerschaft bezweckt also die weitere Minimierung des arabischen Bevölkerungsanteils innerhalb der Grünen Linie. Das Gesetz hindert palästinensische Menschen nicht daran in Israel zu arbeiten. Als billige Arbeitskräfte können sie weiterhin ausgebeutet werden. Sich innerhalb der Grünen Linie niederzulassen wird aber ein weiteres Mal verunmöglicht. Begründet wird die Verunmöglichung die israelische Staatsbürgerschaft zu erhalten mit einer Gefährdung der Sicherheit des Staates. Gerade die zugezogenen Palästinenser, so heißt es, würden mit einer größeren Wahrscheinlichkeit Selbstmordattentäter sein.

Um des Weiteren eine Trennung

zwischen jüdischen und palästinensischen Staatsbürgern aufrecht zu erhalten sind nur religiöse Ehen möglich, es gibt keine Zivilehe. Somit können nur Angehörige der gleichen Religion heiraten. Um eine Konversion zur Religion des Partners oder der Partnerin auszuschließen, wurde ein staatlicher Ausschuss eingerichtet, der einer Konversion zustimmen muss.

Weiters sind Palästinenserinnen und Palästinenser innerhalb der Grünen Linie (sowie auch im Westjordanland und im Gazastreifen) von einer hohen Arbeitslosigkeit betroffen. Als billige Arbeitskräfte werden sie auch aus den 1967 besetzten Gebieten rekrutiert (nur tagsüber, Aufenthaltsgenehmigungen werden nicht vergeben – dies wird allerdings durch den Mauerbau nunmehr auch verunmöglicht.) Aus vielen Teilen der Wirtschaft sind sie aber gänzlich ausgeschlossen – als Begründung werden abermals Sicherheitsrisiken genannt. Aber nicht nur offizielle Ausschlussverfahren führen zu Unterbeschäftigung in vielen Teilen der Wirtschaft des israelischen Staates. Auch fehlende Kontakte in für den Staat wichtigen Strukturen sind ausschlaggebend. So sind zum Beispiel für eine Karriere Kontakte in der Armee, die während des Militärdienstes erworben werden, von zentraler Bedeutung. Palästinensische Israelis sind aber vom Militärdienst ausgeschlossen.

### Zerstörte und illegalisierte Dörfer

Teil der zionistischen Strategie einen rein jüdischen israelischen Staat zu schaffen, ist die Zerstörung von Häusern und ganzen Dörfern und die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus ihrer Heimat. 85 % der schätzungsweise 550 palästinensischen Städte und Dörfer, die vor 1948 existierten, wurden zerstört. Oft wurden auch die Einwohnerinnen und Einwohner dieser Dörfer ermordet.

Während der Solidaritätsreise wurden zwei zerstörte Dörfer besucht, Mujabel und Malul. Im einstigen Mujabel steht nun eine Siedlung, in dem in erster Linie russische Jüdinnen und Juden leben. Diese profitieren von den staatlichen Zuschüssen und Vergünstigungen, die der Staat Israel bei Ansiedlungen auf ehemalig arabischem Gebiet leistet. Die Zuschüsse sind vergleichbar mit jenen, die Siedlern in den besetzten Gebieten von 1967 gegeben werden, auch wenn sie in einem geringeren Ausmaß stattfinden. Das zweite Dorf wurde nicht vom Staat neu besiedelt. Es befindet sich auf Militärgebiet. (Eine der Begründungen für Zerstörung und Vertreibung ist die Erklärung von arabischen Gebieten zu Militärzonen.) In diesem Dorf wurde seit der Zerstörung in den 1950er Jahren nichts verändert. Hier wird sichtbar, was die Zerstörungen

bedeuteten und bedeuten. Das einstige Dorf ist nun ein Wald, in dem Steinbrocken liegen, selten größere Mauerreste. Mehr erinnert nicht daran. Es ist von einem meterhohen Stacheldraht umzäunt, von Kampfhunden bewacht.

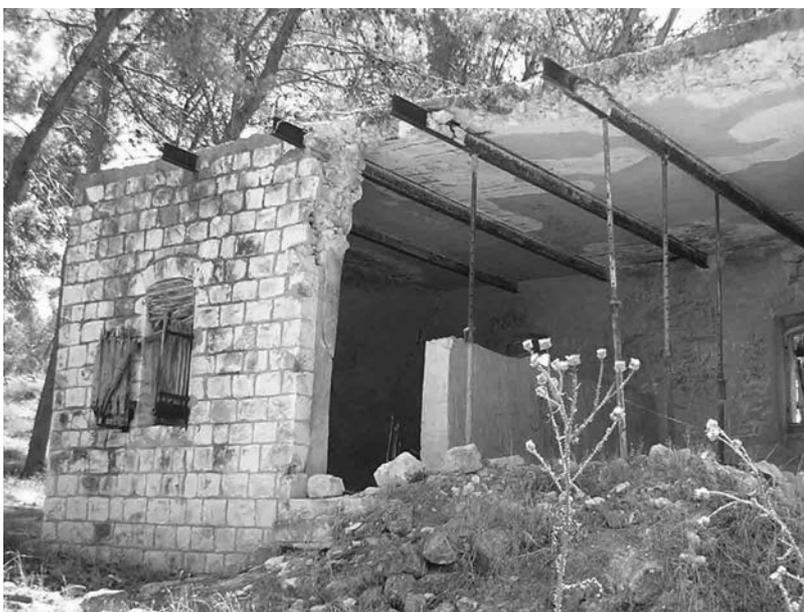
Nach einigen Minuten der Besichtigung des zerstörten Dorfes kamen Soldaten um uns zu kontrollieren. So wird nicht nur verhindert, dass Menschen in diesen Dörfern leben können, in die Dörfer zurückkehren können, sondern es wird auch der Besuch dieses Gebietes verhindert.

Diese Menschen leben nun in der Diaspora oder als interne Flüchtlinge innerhalb der Grünen Linie. Hier stellen sie 25 % der palästinensischen Bevölkerung. Interne Flüchtlinge werden vom Internationalen Roten Kreuz unter anderem als Personen bezeichnet, die gezwungen wurden zu fliehen oder ihre Häuser zu verlassen um den Folgen eines bewaffneten Konfliktes zu entgehen, bzw. sich vor Verletzung ihrer grundlegenden Menschenrechte zu schützen. Interne Flüchtlinge sind Flüchtlinge, ohne eine internationale Grenze passiert zu haben.

Vor allem die *Association for the Defense of the Rights of the Internally Displaced Persons in Israel* kämpft für die Rechte dieser Menschen und organisiert jährlich Demonstrationen zu einem der zerstörten Dörfer.

Eine pseudo-rechtliche Struktur wird der Vertreibung verliehen, in dem Gesetze aus der Kolonialzeit aufgegriffen werden. Israel steht also in einer sehr deutlichen Traditionslinie zum Kolonialismus, denn es wird mittels Notstandsgesetzen, die noch von der britischen Mandatszeit stammen, regiert. Paragraph 125 der Notstandsverordnung besagt, dass ein Gebiet jederzeit zu einem geschlossenen Militärgebiet erklärt werden kann. Einst zu geschlossenen Militärgebiete erklärte Zonen verbleiben bis heute in diesem Status, um die Rückkehr der Geflüchteten zu untersagen.

Ein weiteres Gesetz, das geschaffen wurde um palästinensische Menschen an der Rückkehr in ihre Häuser und Dörfer zu hindern, ist das „Absentee property law“ (Gesetz über abwesende Grundbesitzer), das 1950 in Kraft trat.



# Nicht anerkannte Dörfer im Negev

Rund 20 % der Bevölkerung des Staates Israel sind nicht-jüdisch und leben in diesem so genannten demokratischen Staat, deren Staatsbürger sie 1948 zwangsweise werden mussten, rassistisch ausgegrenzt. Ein krasses Beispiel sind die „unrecognized villages“ oder „encampments“, also Dörfer oder behelfsmäßige Lager (wie zum Beispiel die Siedlungen der palästinensischen Beduinen in der Nähe Jerusalems), deren Existenz ganz einfach vom Staat nicht anerkannt wird und folglich von jeder Grundversorgung wie Wasser oder Strom ausgeschlossen sind. So einfach geht das: Ihr seid hier nicht erwünscht, folglich seid ihr für uns nicht existent – außer wir wollen euer Land, dann walzen wir eure Häuser oder Hütten nieder.

In der Negev-Wüste wohnen an die sechzigtausend Beduinen (ungefähr die Hälfte der Beduinen dieser Region) in Dörfern oder Siedlungen, die nicht anerkannt werden. Ihr „Verbrechen“ ist es, dass sie sich nicht in irgendwelchen Slumsiedlungen ohne das für sie so wichtige Land für die Viehzucht zusammenpferchen lassen.

Sie bestehen auf ihrem Recht auf Reste ihres traditionellen Lebens – immer mit der Gefahr der Deportation in die Slums der Städte, ohne Infrastruktur, ohne Arbeitsmöglichkeiten – eben illegal in der Logik des israelischen Staates. Während seit 1948 134 jüdische landwirtschaftliche Siedlungen im Negev entstanden sind und blühen, ist dort kein einziges arabisches Dorf oder Gemeinschaft, wo die Menschen traditionell von der Landwirtschaft leben, anerkannt. Diese Dörfer scheinen auf keiner Landkarte auf. Mit Generatoren wird notdürftig Elektrizität erzeugt, die Wasserversorgung funktioniert behelfsmäßig mit einem Netzwerk von Tanks. Da Stein- oder Betonhäuser von vornherein nicht geduldet werden, werden die Unterkünfte aus Zeltplanen, Wellblech und Plastikteilen gebaut. Und die Situation ist immer prekär, sprich „unrecognized“. Zur Zeit sind sechstausend dieser Unterkünfte für die Einebnung durch Bulldozer vorgesehen.

Das Beispiel des Stammes der Azazmeh zeigt, wie es geht. 1990 wurde ein Großteil ihres Bodens für

militärische Zwecke enteignet. („Militärische Zwecke“ oder „geschlossenes Militärgelände“ sind überall die Zauberworte für Enteignungen oder Häuserzerstörungen, gehandhabt wie ein Naturgesetz.) Gleich danach wurde er umgewidmet um einen Kibbuz zu errichten. Die Azazmeh wurden in die Nähe des Industriegebiets von Ramat Hovav umgesiedelt, wo Giftmüll gelagert und aufbereitet wird. Dort besteht wohl kaum die Gefahr, dass sie wieder zwangsweise umgesiedelt werden, so wie der Stamm der Jahalin. Diese Menschen wurden aus ihrer nicht-anerkannten Siedlung im Negev vertrieben und ursprünglich auf Land in der Nähe Jerusalems angesiedelt, das den Palästinensern von al-Azaria gestohlen wurde. Als dieses Land wiederum für den Ausbau der Siedlung Ma'ale Adumim gebraucht wurde, wurden die Jahalin nochmals enteignet und leben heute in der Nähe der größten Müllhalde Jerusalems.

*Elisabeth Lindner-Riegler*

Palästinenserinnen und Palästinenser wurden zu „Abwesenden“ erklärt, obwohl diese oft nur wenige Kilometer entfernt lebten, aber gehindert wurden zu ihren Besitztümern zurückzukehren. Unter diesem Gesetz wurden palästinensische Besitztümer konfisziert und unter staatliche Kontrolle gebracht.

Neben der Zerstörung arabischer Dörfer liegt eine andere Strategie des arabischen Staates in der Nicht-Anerkennung arabischer Dörfer, auch wenn sie älter als der Staat Israel selbst sind. Das bedeutet, dass diese Dörfer keine Bau- und Planungsrechte bekommen, aber auch, dass ihnen infrastrukturelle Einrichtungen vorenthalten werden. Essentielle Lebensnotwendigkeiten wie Strom und Wasser werden ihnen verweigert. Ungefähr 260 000 Menschen leben in nicht anerkannten Städten und Dörfern (siehe oben).

Aber auch anerkannte arabische

Dörfer und Städte können nicht erweitert werden, denn an Palästinenserinnen und Palästinenser israelischer Staatsbürgerschaft wird kein Land verpachtet. Und auch in anerkannten arabischen Städten wird infrastruktureller Ausbau verhindert. Seit 1948 wurde kein Krankenhaus in einer arabischen Stadt innerhalb der Grünen Linie mehr gebaut.

Während weltweit jeder Angehörige der jüdischen Religion Anspruch auf die israelische Staatsbürgerschaft hat, gibt es kein Rückkehrrecht für die palästinensischen Vertriebenen – weder für die internen Flüchtlinge, noch für jene, die in der Diaspora leben, obwohl die UNO-Resolution 194 dies bereits 1948 garantierte und diese Resolution jährlich erneuert wird.

Symbolisch behalten die aus ihren Häusern Vertriebenen ihre Schlüssel. Mit diesen Schlüsseln wird die Hoffnung ausgedrückt eines Tages wieder

in ihre Häuser zurückzukehren. Dieser Schlüssel ist aber auch Symbol des Kampfes des palästinensischen Volkes. Denn ohne ein Ende der Besatzung, ohne ein Ende der Unterdrückung der arabischen Menschen in Palästina, wird ihre Rückkehr verunmöglicht.

*Sonja Hinsch*

Sonja Hinsch ist Aktivistin der Antimperialistischen Koordination in Wien. Sie nahm an der internationalen Solidaritätsdelegation „Risse in der Mauer“ nach Palästina teil.

<sup>1</sup> Um auszudrücken, dass der Staat Israel nicht anerkannt wird und somit auch nicht die Zwei-Staaten-Lösung, wird oft nicht der Ausdruck „Israel“, verwendet, sondern über die 1948 besetzten Gebiete oder die Gebiete innerhalb der Grünen Linie geschrieben. Hiermit wird der Forderung nach einem einzigen demokratischen Staat jüdischer und arabischer Mitbürgerinnen und Mitbürger Nachdruck zu verliehen.

<sup>2</sup> vgl. [nahostfocus.de/page.php?id=1048](http://nahostfocus.de/page.php?id=1048)

# Praktische Solidarität

## Mitarbeit in Olivengärten, die von Enteignung bedroht sind

Abed Alfatah Nimer Abed Rabu lebt heute im Flüchtlingslager Deheisheh (Bethlehem). Seiner Familie gehörte ein ganzes Tal in der Nähe von Beit Jala, bevor es für die illegalen Siedlungen in diesem Raum von Israel konfisziert wurde (siehe unten). Heute bepflanzt Abed einen Teil des kargen Bodens, der der Siedlungspolitik der Israelis zur Schaffung eines jüdischen Großjerusalem und eines Ghettos Groß-Bethlehem noch zum Opfer fallen soll. Es ist Teil seiner Art Widerstand zu leisten. Immer wieder tauchen israelische Soldaten auf, die ihm und den Leuten, die mit ihm arbeiten, mit Verhaftung drohen, wenn sie nicht verschwinden, oder selbstherrlich die Dokumente verlangen, die den Besitz des Landes bestätigen. Abed lässt sich nicht einschüchtern und bringt mit seiner Standhaftigkeit und ruhigen Anwesenheit das elementare Recht der Palästinenser auf ihr Land zum Ausdruck.

Wir können drei Tage lang bei der Kultivierung des Bodens mithelfen. Die schmale Straße zu den Hängen ist wegen der Straßensperren und Blockaden nur zu Fuß oder für den Esel passierbar, das heißt, dass das Wasser für die jungen Bäumchen in Kanistern hingetragen werden muss. Jedes von ihnen wird sorgsam gegossen, denn das Wasser ist rar und muss mühsam hergeschleppt werden. In der Siedlung Har Gilo am gegenüberliegenden Hügel oder in der riesigen Siedlung Gilo ist das Grün nicht zu übersehen. Dort gibt es Wasser aus dem Wasserhahn im Überfluss.

Wir bauen um die jungen Bäume Hügel aus Steinen, damit das Wasser um die Wurzeln besser gespeichert wird und in der Hitze nicht so rasch verdunstet. Weiters roden wir ein paar Terrassen von Gestrüpp um den Kulturpflanzen mehr Luft und Raum zu geben.

Am letzten Nachmittag will uns Abed noch zeigen, was es für Schätze in diesem Landstrich gibt. Es sind sprudelnde Quellen in dieser kargen

Landschaft, die zum Baden einladen, und der mit ca. 5 000 Jahren älteste Olivenbaum Palästinas. Als wir in die Nähe der Quellen kommen, werden wir von israelischen Soldaten (oder Polizisten?) und einem Siedler aufgehalten. Es vergnügen sich israelische Siedler im kühlen Nass! Die Quellen haben sie sich zwar noch nicht einverleibt, aber sie nehmen sie in Besitz, wann immer sie es wollen. Im Sinne der Apartheidpolitik wird auch uns, den Ausländern in Begleitung eines palästinensischen Bauern, der Zugang zu den Quellen verwehrt. Die Demütigung unseres Freundes ist auch für uns schmerzlich spürbar.

### Landraub um Beit Jala

Beit Jala, eine der drei Städte, die Groß-Bethlehem bilden, hatte früher ein landwirtschaftlich höchst ertragreiches Umland – Olivenhaine, Obstgärten und Weingärten. Ein großer Teil dieses Landes fiel der israelischen Kolonisierung zum Opfer. Die illegalen Siedlungen Gilo, Har Gilo und Giv'at Hamatos sowie zwei großzügige Siedlerstraßen und zwei Tunnels wurden darauf gebaut. Gilo entstand zwischen 1971 und 1979, hat heute an die 30 000 Siedler und trennt Bethlehem von Je-

rusalem. Har Gilo liegt im Westen von Beit Jala auf 350 Dunum gestohlenem Land und schließt Beit Jala im Westen ab. Dem Bau der Apartheidmauer in diesem Gebiet fällt weiterer palästinensischer Boden zum Opfer. Die Siedlung Giv'at Hamatos wurde 1991 auf 310 Dunum konfiszierten Landes errichtet und soll jetzt um 3 600 Hauseinheiten vergrößert werden. Damit wird dann Bethlehem vollständig von Jerusalem getrennt und der Würgegriff um den Großraum Bethlehem ist lückenlos – mit den Siedlungen, der Mauer und drei Checkpoints. Notfalls dienen die Siedlungen auch als Militärstützpunkte. Während der al-Aqsa-Intifada wurde von Gilo aus – wie von einer Festung – Beit Jala beschossen und teilweise zerstört.

*Elisabeth Lindner-Riegler*

Elisabeth Lindner-Riegler ist Aktivistin der Anti-imperialistischen Koordination in Wien. Sie nahm an der internationalen Solidaritätsdelegation nach Palästina „Risse in der Mauer“ teil.



# Keine Meinungsfreiheit in Italien

## Italienische Regierung verhindert Konferenz zur Anerkennung des irakischen Widerstands

Eine Koalition aus antiimperialistischen Kräften hatte über das vergangene Jahr eine internationale Konferenz zur Unterstützung des irakischen Widerstands vorbereitet, die am 1. und 2. Oktober 2005 in Italien hätte stattfinden sollen.

Selbst für die Veranstalter überraschend, erklärten sich hochrangige Vertreter aller namhaften Tendenzen des irakischen Widerstands und der Opposition gegen die Besatzung bereit, auf der Konferenz zu sprechen. Da-

bei handelte es sich um: Ayatollah al-Baghdadi, einer der ranghöchsten schiitischen Geistlichen, der dem Widerstand nahe steht und der für Predigten bekannt ist, in denen er Gott als „Arbeiter und Bauern“ bezeichnet; Scheich Jawad al-Khalesi, schiitischer Theologe und Vorsitzender des multikonfessionellen Mehrparteienbündnisses *Irakischer Nationaler Gründungskongress*, das die von den USA inszenierten Wahlen boykottierte; Scheich Hassan al-Zargani, internationaler Sprecher

der Bewegung von Muqtada al-Sadr und Herausgeber der Zeitschrift *Hawza*, deren Schließung durch die Besatzer im Frühjahr 2004 zum Aufstand Muqtadas führte; Salah al-Mukhtar, ehemaliger Botschafter des Iraks in Vietnam und Indien, Intellektueller und Journalist, der als inoffizieller Vertreter der ba'histischen Strömung gilt; Mohamed Faris, Patriotischer Kommunist; Ahmed Karim, irakischer patriotisch-kommunistischer Kurde; Awni al-Kalemji, Sprecher der *Irakischen Patriotischen Allianz*.

Es sind jedoch nicht nur die Personen selbst bemerkenswert, sondern viel mehr noch die Tatsache, dass sie bereit sind gemeinsam aufzutreten. Angesichts der bekannten politischen Spannungen unter den sich der Besatzung gegenüberstellenden Kräften kann deren Teilnahme als symbolischer Schritt zur Vereinigung in einer politischen Front gewertet werden.

Damit veränderte die Konferenz schlagartig ihren Charakter. Von einem Treffen der Solidaritätsbewegung verwandelte sie sich in ein Ereignis zur politischen Anerkennung des Widerstands und der Opposition als einzig legitimen Vertreter des irakischen Volkes. So änderte sich auch das Motto in „Lassen wir den Irak in Frieden – unterstützt den gerechten Widerstand des irakischen Volkes“. In einem gewissen Sinn fiel den Veranstaltern jene Aufgabe zu, die in den 1970er Jahren von der europäischen Sozialdemokratie erfüllt wurde, als sie beispielsweise die PLO anerkannte oder auch die Verhandlungen mit dem Warschauer Pakt begann – wenn auch mit der gegenteiligen Intention, nämlich sie auf sanfte Weise in die Knie zu zwingen und nicht ihnen zum Sieg zu verhelfen, wie das die Veranstalter der Konferenz in Italien proklamieren.

Dieses Ansinnen rief den Zorn des US-Kongresses hervor. Das Ziel eines US-Reiches verfolgend, kann ein solches Ereignis in Europa nicht geduldet werden. So richteten 44 Abgeordnete



des Kongresses einen Brief an den italienischen Botschafter in Washington, in dem sie die italienische Regierung nicht nur zur Unterbindung der Konferenz „einladen“, sondern auch zum Verbot der *Antiimperialistischen Koordination*, einer der Mitveranstalter, das als Drehscheibe der Finanzierung des irakischen Terrorismus bezeichnet wurde.

Prompt stoppte der Außenminister und Postfaschist Fini die Erteilung der notwendigen Visa. Die Organisatoren reagierten mit einer Protestkampagne, die nicht nur die Unterstützung von Persönlichkeiten innerhalb der Institutionen und des öffentlichen Lebens erlangte, wie beispielsweise des Präsidenten der Toskana, immerhin einem Landesteil mit fünf Millionen Einwohnern, sondern auch in den Medien diskutiert wurde. Neben den hämmernden Angriffen der Berlusconi-nahen rechten Presse wie *Libero*, die die Linie des Briefes der 44 verfolgte und auf die Illegalisierung wegen Terrorismus abzielte, kamen in linksliberalen Organen wie *La Repubblica* die Frage der Verletzung der nationalen Souveränität sowie der demokratischen Grundrechte zur Sprache.

Anfang September bekam das *Komitee Freier Irak*, der italienische Veranstalter der Konferenz, einen Hungerstreik mit sieben teilweise bekannten Aktivisten vor dem Außenministerium, mit dem vordergründigen Ziel die Ausstellung der Visa zu erzwingen. Politisch war damit beabsichtigt, das gesamte politische System dazu zu zwingen, Position zu beziehen.

Die gesamte Linke, sowohl die außerparlamentarische als auch die institutionelle, obwohl sie zuvor die Konferenz abgelehnt hatte, sah sich angesichts der Tragweite des Konflikts veranlasst Solidaritätserklärungen abzugeben.

Dass Berlusconi & Fini unterwürfige Diener der USA bleiben und sich von einem Hungerstreik der Antiimperialisten nicht in die Knie zwingen lassen würden, war zumindest nach dem Brief der 44 abzusehen – obwohl es auch in der rechten Koalition, und da wieder vor allem aus den Geheimdiensten, durchaus Stimmen gibt,

die sich für den Rückzug der Truppen aussprechen.

So ging es auch darum die linksliberale Opposition, geführt von Prodi, zu einer Stellungnahme zu zwingen. Dieser hatte Ende Juli aufgehört lassen, als er von den italienischen Besatzungstruppen im Irak sprach. Doch die „Amerikanische Partei“, wie sie in den Kommunikés des *Komitees Freier Irak* bezeichnet wird, überspannt die Lager. Prodi ließ wissen, dass er einen Brief von hochrangigen Vertretern der irakischen Opposition nicht entgegen nehmen würde.

Am 10. September beriefen die Veranstalter schließlich das internationale Organisationskomitee ein, um über die Abhaltung der Konferenz zu beraten. Die Konferenz mit ihrer fast historischen Tragweite kann ohne die irakischen Teilnehmer nicht stattfinden, ihre Abhaltung bleibt aber das mittelfristige Ziel der Koalition in Unterstützung des irakischen Widerstands. Es wird versucht sie unter einer zukünftigen Regierung Prodi abzuhalten, der somit letztendlich doch gezwungen sein wird Farbe zu bekennen. Falls auch sein Kabinett sich gegenüber dem Großen Bruder in Washington servil verhält, wird man versuchen in ein anderes europäisches Land auszuweichen.

In der Zwischenzeit wurde der Hungerstreik beendet. Es geht nunmehr darum auf die Ersatzveranstaltung, ein internationales Treffen der Bewegung am 2. Oktober in Rom, Haj Ali einzuladen. Haj Ali ist jenes Folteropfer von Abu Ghraib, dessen Bild mit Kapuze und Elektroden um die Welt ging und zur Ikone wurde.

Lehnt Fini auch für diesen humanitären Fall das Visum aus „nationalen Sicherheitsinteressen“ ab, so stellt er seine Treue zu den schlimmsten Verbrechen der USA unter Beweis und die Front gegen ihn kann sich nur verbreitern. Gesteht er das Visum zu, so besteht die Möglichkeit, Haj Ali nicht nur als Hauptredner am 2. Oktober zu positionieren, sondern eine Tour durch Europa zu veranstalten.

Damit ist auch die Grundlage der Versammlung vom 2. Oktober definiert, nämlich das demokratische

Recht, dem irakischen Widerstand eine Stimme in Europa zu geben, zu verteidigen. Während die Bewegung gegen Krieg und Globalisierung moribund ist, kann die antiimperialistische Koalition für die politische Anerkennung des irakischen Widerstands als legitime Vertretung des irakischen Volkes ihre Unterstützung verbreitern und gleichzeitig den verbleibenden Teilen der Bewegung eine Überlebensperspektive bieten.

Das Ende des Hungerstreiks bedeutet somit keineswegs das Ende des politischen Kampfes in Italien, für das Recht auf demokratische Meinungsäußerung in Unterstützung des Widerstandes gegen Besatzung im Irak und für den Rückzug der italienischen Truppen aus dem Irak. Im Gegenteil, dieser Kampf wird, wenn auch mit anderen Mitteln, weitergeführt.

Willi Langthaler  
September 2005

Willi Langthaler lebt als freier Journalist und Aktivist der Antiimperialistischen Koordination in Italien.

Die Irakkoordination Deutschland ruft zum fünften Jahrestag der palästinensischen Intifada zu einem Aktionstag gegen Krieg und Besetzung am 24. September 2005 auf.

## Intifada-Jahrestag 2005

### Schluss mit der Besetzung in Palästina, Irak, Afghanistan!

#### 24. September 2005: Aktionstag gegen Krieg und Besetzung zum fünften Jahrestag der palästinensischen Intifada

Katastrophale Lebensbedingungen, Panzer und Kampfhubschrauber im Einsatz gegen Wohngebiete, kollektive Bestrafungen von Familien, Mord und Folter in Gefängnissen: Die Besetzung Palästinas durch Israel, die Besetzung des Irak durch die USA und auch die Besetzung Afghanistans mit deutscher Beteiligung stehen für die Aushöhlung der internationalen Rechtsordnung, für die Missachtung des elementaren Rechts auf nationale Selbstbestimmung und nicht zuletzt für die Menschen verachtenden Neuordnungspläne der Regierungen in Washington und Tel Aviv, in Berlin, London und Rom.

Im Windschatten des „Krieges gegen den Terror“ intensiviert Israel seine Apartheid- und Vertreibungspolitik gegen das palästinensische Volk. Mit dem Bau einer Mauer in den besetzten Gebieten werden Bauern von ihren Äckern abgeschnitten und Arbeitern der Weg zu ihrem Arbeitsplatz verwehrt. Verletzte und Schwangere

erreichen kein Krankenhaus. Fünzig Prozent des Westjordanlandes werden durch den Verlauf dieser Apartheidmauer von Israel annektiert. Der so genannte „Gaza-Rückzugsplan“ ist ein einseitiges Manöver Israels, das den Gazastreifen zum abgeriegelten Internierungslager macht und gleichzeitig den Ausbau der lukrativen Siedlungen im Westjordanland vorantreibt.

**Schluss mit der israelischen Besetzung in Gaza und Westjordanland!**

**Räumung aller Siedlungen!**

**Weg mit der Apartheidmauer!**

Im Irak dauert die Besetzung an, auch nach den von der Besatzungsmacht organisierten und ohne internationale Kontrolle und unter Kriegsrecht durchgeführten Wahlen. Nach wie vor üben die USA, gestützt auf über 150 000 ausländische Soldaten, die Macht im Land aus. Die neue irakische

Armee steht unter dem Kommando der US-Armee und die Übergangsregierung wurde mit irakischen Verbündeten besetzt. Mitsprachemöglichkeiten bei den Maßnahmen der Besetzung hat sie aber kaum.

Der potenzielle Reichtum des Irak wird an US-amerikanische Konzerne verschertelt. Doch mit der Zunahme des Besetzungsterrors wächst der politische wie auch militärische Widerstand. Das irakische Volk will den Abzug der Besatzungstruppen.

**Sofortiger Abzug der US-geführten Besatzungstruppen aus dem Irak!**

**Entschädigung des Irak für zwei Kriege und das zwölfjährige UN-Embargo!**

Die deutsche Regierung unterstützt die Kriege der USA und Israels: Bis heute ist Deutschland die zentrale Drehscheibe für Waffen- und Truppentransporte der USA in den Irak. Israel bekommt Waffen aus Deutschland. Israel-kritische Beschlüsse der EU werden immer wieder durch Deutschland blockiert. Mit über 2 000 Soldaten steht die Bundeswehr in Afghanistan und insbesondere die Spezialeinheiten agieren dort ohne jede parlamentarische Kontrolle.

**Schließung der US-Basen und des Luftraums in Deutschland für den Krieg gegen den Irak!**

**Sanktionen gegen die israelische Apartheidpolitik!**

**Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr!**

Der US-amerikanische Krieg gegen den Irak und die Politik Israels hängen eng zusammen. Die israelische Regierung spielte bei der Vorbereitung



des Krieges eine große Rolle, ähnlich wie sie auch aktuell auf eine Eskalation des US-Politik gegenüber dem Iran hinarbeitet. Eine Niederlage der USA im Irak wiederum würde auch die Position Israels entscheidend schwächen und neue Spielräume für eine Lösung des Nahostkonfliktes eröffnen.

Der Widerstand im Irak bremst US-amerikanische und israelische Kriegsabsichten im Nahen und Mittleren Osten. Er verhindert auch eine Ausweitung der US-Aggressionspolitik auf Länder in Lateinamerika und Asien. Der Kampf der irakischen und palästinensischen Bevölkerung um nationale Selbstbestimmung ist ein wichtiger Bestandteil des Widerstandes gegen die neoliberale Globalisierung und verteidigt damit elementarste soziale und demokratische Rechte.

Wir wenden uns gegen alle Versuche, alle Formen des bewaffneten Widerstands mit Terror gleichzusetzen und eine Fortdauer der Besatzung zu rechtfertigen.

### **Für das Recht auf Widerstand gegen Krieg und Besatzung!**

Unterstützerinnen und Unterstützer:

- Irakkoordination Deutschland
- Antifaschistisches Aktionsbündnis Kaiserslautern
- Arabisches Kultur Forum Deutschland
- Arbeitskreis Marxistische Theorie und Politik (Berlin/Brandenburg)
- Bonner Arbeitskreis für internationale Solidarität
- Deutscher Freidenker-Verband Bonn
- Deutscher Friedensrat in der Achse des Friedens Berlin
- Deutsches Solidaritätskomitee Freier Irak
- Föderation der ArbeitsimmigrantInnen aus der Türkei in Deutschland e. V. AGIF
- Gruppe Internationale Solidarität [Magdeburg]
- HÖC
- Initiativ e. V.
- Internationale Plattform gegen die Isolation
- KPD/Marxisten-Leninisten (Roter Stern)
- Palästina Solidaritätsbündnis

- Hamburg
- Palästinensische Gesellschaft für Menschenrechte Deutschland
- RKL Thüringen
- Verband der Arabischen Vereine Deutschland
- Vereinigung für Internationale Solidarität (VIS) e. V.
- [www.Profi-Reporte.de](http://www.Profi-Reporte.de)
- Andreas Friedrich, Düsseldorf
- Brigitte Gärtner-Coulibaly, Herford
- Hans-Ulrich Bierhahn
- Hans-Peter Richter, Berlin
- Heinz-W. Hammer, Essen
- Jörn-Hinrich Volkmann, Berlin
- Klaus Hartmann (Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes)
- Magdalena Kladzinski
- Markus Bernhardt
- Sophia Deeg, München/Paris (Autorin)
- Winfried Belz

## Buchbesprechung:

# Israel Shamir: Blumen aus Galiläa

Israel Shamir, geboren 1947 in Novosibirsk, kam 1969 als Sohn jüdischer Eltern nach Israel. Er diente in einer Fallschirmjägerinheit der israelischen Armee und kämpfte im Oktober-Krieg im Jahre 1973 (Yom-Kippur-Krieg). Shamir übersetzte den Talmud, James Joyce, Homer und andere Klassiker in die russische Sprache und arbeitet als Journalist. Während der Zweiten Intifada im Jänner 2001 machten es ihm die israelischen Angriffe auf die Palästinenser unmöglich, länger über die politischen Ereignisse zu schweigen und seither tritt er in vielen Artikeln, übersetzt in mehrere Sprachen, unmissverständlich für ein freies, demokratisches Palästina ein.

Auch das vorliegende Buch ist ein Plädoyer für einen demokratischen Staat in Palästina, in dem der Zionismus besiegt wird, um sowohl für Palästinenser als auch Juden das Überleben in Freiheit und Menschenwürde zu sichern. Dazu gehört auch die Anerkennung des Rückkehrrechts aller Palästinenser. Shamir beschreibt in vielen Details und in eindringlicher Weise die menschenverachtende zionistische Politik wie die gezielten Tötungen, die Ghettoisierung durch den Mauerbau, die ethnischen Säuberungen. Da das Ungleichgewicht der Kräfte so groß ist, sieht er die Ereignisse in Palästina so: „... dies ist schleichender Genozid.“ (S. 114)

Natürlich ist ein Israeli wie Shamir, der sich dem nationalen Konsens nicht beugt, die Forderungen der Palästinenser zu seinen eigenen macht und dem zionistischen Israel die Legitimation entzieht, heftigster Kritik ausgesetzt – von Seiten all der Kräfte, die jede Kritik am Zionismus mit dem Argument abschmettern, dass sie primär antisemitisch wäre. Die Erklärungen Shamirs, seine Analysen der Gründe für die – völlig zu Recht – angegriffene zionistische Politik machen es diesen Kräften allerdings sehr leicht. Denn Shamirs Analysen spiegeln die gängige Palette antisemitischer Vorurteile

wider und tun in diesem Sinne dem politischen Anliegen des palästinensischen Volkes nichts Gutes.

Es geht um Palästina, um ein freies demokratisches Palästina – ja! Dieser Kampf muss und kann jedoch unterstützt werden ohne die Juden und ihre Seele dafür verantwortlich zu zeichnen! Wer sind denn eigentlich „die Juden“ bei Shamir? „Man nehme eine Ameise und sie wird einen Ameisenhügel bauen. Man nehme einen Juden und er wird ein Ghetto bauen. Man nehme einen Palästinenser ... nun, mein Freund Mussa lud seinen alten Vater aus seinem Dorf in Samaria ein, um mit ihm in seinem neuen Heim in Vermont zu leben, und sein alter Vater begann Terrassen anzulegen und Olivenbäume zu pflanzen.“ (S. 49) So einfach und plakativ ist der Charakter der Juden und der Palästinenser doch nicht zu erklären. Die Trennlinie verläuft nicht zwischen den bösen Juden und den guten Palästinensern.

Genauso wenig erklärt die folgende Analyse den Konflikt in Palästina – sie ist bestenfalls antisemitisch: „Für Graetz und die Sprecher der IDF [Israel Defense Forces, israelisches Militär] üben Juden immer ‚Vergeltung‘. Dieses Dogma ist keine Erfindung der CNN oder Scharons: es ist als ultimative Verteidigungsstrategie tief in der jüdischen Psyche verwurzelt.“ (S. 120) Und „Wir Juden haben es bis jetzt nicht geschafft, die hochmütige Haltung des Auserwählentums zu exorzieren und befinden uns in einer düsteren Lage. Darum werden wir noch immer von der Idee der Überlegenheit beherrscht und es verlangt uns immer noch nach Genozid.“ (S. 121) Hier ist nicht die Rede vom Völkermord an den Juden, sondern von Völkermorden, die von ihnen begangen wurden. Wenn damit die Situation in Palästina gemeint ist – das wird es wohl sein – so ist die Argumentationslinie dennoch absolut abzulehnen. „Es verlangt uns immer noch nach Genozid ...“ – als Beleg für das „immer noch“ dient ein Ereignis

aus dem Jahr 614, als Juden Christen massakrierten.

Das ist ein Beispiel für den Tenor, der sich durch das Buch zieht. Statt einer politischen Analyse wird die „jüdische Seele“ heraufbeschworen – ein zutiefst antisemitisches Ressentiment.

Für Shamir folgerichtig wird die USA, die die Welt mit Terror überzieht und für die der Israel/Palästina-Konflikt ein Bestandteil ihres Strebens nach Weltherrschaft ist, zu einer Marionette Israels, beziehungsweise der Juden, reduziert. „Sie (die Palästinenser) können es nicht mit der drittstärksten Armee der Welt aufnehmen, die auch noch von ihrem zahmen Schoßhündchen, den USA, unterstützt wird.“ (S. 86) Das stellt ja wohl die momentane Welt auf den Kopf, aber Shamir liefert auch dazu eine Erklärung: „Das Judentum (nicht zu verwechseln mit der Bezeichnung für die Millionen von Nachfahren mittelalterlicher Juden) hat seinen Platz in der Weltpolitik wieder und das Gehirn der einzigen Supermacht, der USA, übernommen.“ (S. 148) Und der Niedergang des öffentlichen Lebens Amerikas, der Schwachsinn und die Gewalt des amerikanischen Kinos und der Massenmedien, die die Menschen verblöden, finden seine Erklärung im „Mammonismus“ – einer Grundeinstellung der Juden. „Die jüdisch-mammonitische Übernahme hat die Lebenskräfte Amerikas eliminiert und sie auf Konsum umgestellt.“ (S. 162)

Aber nicht nur für die amerikanische Denk- und Lebensweise sind die Juden bei Shamir Lebenselement, sondern auch für all die Strömungen, die er als einseitige Diskurse sieht und – in einen Topf geworfen – verurteilt. „Dasselbe System des tendenziösen, die Wahrheit verformenden Diskurses wurde von jüdischen Aktivisten auf dem Gebiet des militanten Feminismus, des Kommunismus, der Psychoanalyse, des Neokonservatismus und des Zionismus sowie einer Fülle kleiner Bewegungen als Mittel

zur Aufwiegelung und Vergiftung der Anhänger im ideologischen Kampf angewandt.“ (S. 119) Ob fortschrittlich oder reaktionär, links oder rechts, spielt bei Shamir offensichtlich keine Rolle – die jüdischen Aufwiegler sind überall die Drahtzieher.

Israel Shamir ist zum Christentum konvertiert und vielleicht erklärt das den Mangel jeglicher politischer Analyse, denn religiöse Eiferer haben andere Erklärungsmuster. So ist es nicht verwunderlich, dass auch in der Gegenüberstellung von Christentum und Judentum eine Schwarzweiß-Malerei vorherrscht, die inakzeptabel ist, weil sie der Geschichte und Gegenwart Hohn spottet. Während im christlichen Glauben „Barmherzigkeit und Gnade in die Welt (gebracht wurden) ... Seither ist die Welt voll des Lichts Christi, des göttlichen Lichts“ (S. 195, 196), ist der jüdische Messias der Messias der Rache, mit all den Konsequenzen für die Psyche. „Ein „perfekter Christ“ ist die Antithese des „absoluten Juden“, denn er weist sowohl das „göttliche Recht“ der Juden, Nichtjuden (in Palästina und anderswo) zu unterdrücken, als auch den mammonitischen Egoismus gegenüber seinen Nächsten zurück.“ (S. 199)

Es geht letztendlich bei Shamir um die „Seele der Juden“ und sonstiger metaphysischer Konstruktionen statt um irgendeine Analyse der geopolitischen Situation im Nahen Osten, folglich sind seine Ausblicke düster: „Ja, es hat tatsächlich keinen Sinn, an das Gute in ihnen (den Juden) zu appellieren, denn es existiert nicht. Das „Gute in ihnen“ war nur ein Mittel zum Zweck. Nun hat ihr wahres „Ich“ die Oberhand gewonnen und ist mit all seiner Brutalität zum Vorschein gekommen.“ (S. 151)

Damit ziehe ich den Schlusstrich unter ein Buch mit dem wunderschönen Titel „Blumen aus Galiläa“, das ich gerne in die Hand nahm und sehr befremdet weglegte. So sehr es für die Palästinenser Partei ergreift, so sehr schadet es ihrer Sache. Mit antisemitischen Argumenten von der rachsüchtigen, mammonitischen Seele der Juden, die auch noch das Weltherrschaftsstreben der USA erklärt, mit re-

ligiösen Kategorien „böses Judentum“ versus „gutes Christentum“ kann die Parteinahme und Solidarität mit dem Kampf um ein demokratisches Palästina nicht gefördert werden.

Kampf dem Zionismus – ja! Antisemitismus – nein!

*Elisabeth Lindner-Riegler*

Elisabeth Lindner-Riegler ist Aktivistin der Antimperialistischen Koordination in Wien.

### **Anmerkung der Redaktion und der Autorin des Artikels:**

Nach Veröffentlichung der deutschsprachigen Ausgabe von Shamirs Buch im Promedia-Verlag vor einigen Monaten gab es in den einschlägigen Medien eine teils heftige Diskussion über die Frage, ob das Buch und sein Autor antisemitisch seien oder nicht. Dabei wurde auch der Verlag selbst Zielscheibe solcher Anschuldigungen. Die Redaktion der *Intifada*, in der auch die Autorin der obigen Rezension mitarbeitet, weist diese Anschuldigungen an den Verlag entschieden zurück.

Eine offene Diskussion über die Inhalte von Shamirs Buch hat nichts damit zu tun, einen bewährt kritischen Verlag, der in der Tradition der linken, antifaschistischen und antirassistischen Bewegung steht, mit dem Vorwurf des Antisemitismus zu verleumden. Die Redaktion und die Autorin der Rezension distanzieren sich entschieden von einer derartigen Vorgangsweise.

Israel Shamir: Blumen aus Galiläa. Schriften gegen die Zerstörung des Heiligen Landes. Promedia Verlag, Wien 2005, 216 Seiten

# In eigener Sache

Die *Antiimperialistische Koordination* (AIK) ist ein Zusammenschluss verschiedener antiimperialistischer Kräfte, der zur Koordinierung des Kampfs dient und jedes Jahr ein internationales antiimperialistisches Sommerlager organisiert. Unmittelbar nach Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 gründete sich die *Antiimperialistische Koordination für Palästina* als Unterkomitee zum Zweck einer ständigen Solidaritätskampagne.

Die AIK sieht in der Errichtung eines einheitlichen, demokratischen Staates auf dem Gebiet des historischen Palästina, der allen EinwohnerInnen, unabhängig von Herkunft oder Religionszugehörigkeit, gleiche Rechte garantiert, die einzig mögliche langfristige und dauerhafte Lösung des Konfliktes. Sie stellt sich damit in die Tradition der palästinensischen Befreiungsbewegung und von Teilen der antizionistischen israelischen Linken. Die AIK betrachtet sich dennoch als Teil jener Solidaritätsbewegung, die sich nach Ausbruch der Zweiten Intifada auf Grundlage der palästinensischen Forderungen nach Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, Abbau aller israelischen Siedlungen, Rückkehrrecht für alle vertriebenen Palästinenserinnen und Palästinenser sowie Errichtung eines souveränen palästinensischen Staates im Westjordanland und Gazastreifen mit Jerusalem als Hauptstadt mobilisierte. Auch wenn diese Forderungen – wie die Erfahrung der Oslo-Abkommen gezeigt hat – keine dauerhafte Lösung ermöglichen, ist eine Zusammenarbeit auf dieser Basis möglich und wünschenswert.

Die AIK versteht die Zeitschrift *Intifada* als Forum für Information und Diskussion und will damit einen Beitrag zur Zusammenarbeit der mit der palästinensischen Bewegung solidarischen Kräfte im deutschsprachigen Raum leisten. In diesem Sinne nehmen wir gerne Diskussionsbeiträge zur Veröffentlichung entgegen. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen daher nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

# Kontakt und Abo

www.antiimperialista.org  
aik@antiimperialista.org  
Antiimperialistische Koordination  
Postfach 23, 1040 Wien, Österreich  
Bank: PSK (1018 Wien)  
Konto-Nr. 92 125 137  
Bankleitzahl: 60 000  
BIC: OPSK AT WW  
IBAN: AT 646 000 000 092 125 137

Hinweis: Seit 1. Juni 2003 kommen für Überweisungen auf Konten innerhalb der EU in Euro dieselben Entgelte wie im Inland zur Anwendung, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- BIC und IBAN sind korrekt angegeben
- Auftraggeber und Empfänger übernehmen die eigenen Inlandsentgelte.

## Intifada-Abonnement:

5 Zusendungen – 10 Euro

## Institutionen bzw. Förderabo:

5 Zusendungen – 20 Euro

# Redaktion

Margarethe Berger, Doris Höflmayer, Willi Langthaler, Elisabeth Lindner-Riegler, Mohamed Aburous, Sonja Tschurlovits

*Impressum:* Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Redaktion: Antiimperialistische Koordination (AIK), Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Verlags- und Herstellungsort: Wien; Druck: Printfactory, Wien. *Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz der Republik Österreich:* Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien. Grundlegende Richtung: Für einen gerechten Frieden im Nahen Osten.



